

MIDEM

LÄNDERBERICHT NIEDERLANDE

VON
JULIA RAKERS



Zitervorschlag:

Rakers, Julia 2019: MIDEM Länderbericht Niederlande, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	EINLEITUNG	4
2.	MIGRATION UND DIE BEVÖLKERUNG	5
2.1	Entwicklung der Migrationszahlen	5
2.2	Wahlereinstellungen und Migration	9
3.	HISTORISCHE RÜCKBLLENDE UND ANFÄNGE DER INTEGRATIONSPOLITIK: DIE NIEDERLANDE ALS LAND DER MINDERHEITEN	12
3.1	Gesellschaftlicher Partikularismus und die ‚Versäulung‘	12
3.2	Die Minderheitenpolitik und die Niederlande als Einwanderungsland	13
3.3	Anfänge der Politisierung von Migration	14
4.	DER TABUBRUCH DER 2000ER JAHRE	15
4.1	Veränderungen der politischen Landschaft: Aufstieg populistischer Parteien und Rechtsruck	16
4.2	Geert Wilders und die PVV	18
4.3	Neue Konkurrenz von rechts	20
5.	REGIERUNGSHANDELN IN ZEITEN DER POLARISIERUNG	21
5.1	Asyl: Abschiebung und die Grenzen der staatlichen Verantwortung	22
5.2	Integration: Inburgering als Verpflichtung	25
5.3	Arbeitsmigration: Eine Frage der Qualifikation	26
5.	AUSBLICK	28
	LITERATURVERZEICHNIS	29
	AUTORIN	34
	IMPRESSUM	35

Zusammenfassung

In den 1980er Jahren verfolgten die Niederlande mit der ‚Minderheitenpolitik‘ eine gruppenbezogene Politik, die Zugewanderten Mitsprache und das Pflegen der eigenen Kultur ermöglichte. Dies prägte das Bild der Niederlande als multikulturelles Land.

In den 1990er Jahren änderte sich die Politik: Der gruppenbezogene Charakter der Integrationspolitik ging verloren und der Fokus verschob sich auf das Individuum. Zugewanderte waren ab 1998 verpflichtet, an einem Integrationskurs mit dem Ziel gesellschaftlicher Teilhabe teilzunehmen.

Um das Jahr 2000 wandelte sich die öffentliche und politische Diskussion um Migration und Integration in den Niederlanden grundlegend. Der Soziologe Paul Scheffer läutete mit seinem Essay „Das multikulturelle Drama“ einen Wendepunkt in der gesellschaftlichen und politischen Debatte ein. Migrations- und Integrationsprobleme wurden von da an öffentlich thematisiert und diskutiert.

Auch im politischen System fanden Änderungen statt: So gelang es den rechtspopulistischen Parteien LPF, PVV und FvD, in Parlament und politischem Betrieb Fuß zu fassen. Seitdem sind Verschärfungen der Migrations- und Integrationspolitik für das Regierungshandeln charakteristisch, so zum Beispiel im Asylrecht und in der Regulierung der Arbeitszuwanderung im Niedriglohnssektor.

1. EINLEITUNG

Seit den 2000er Jahren ist eine Kluft zwischen der Migrations- und Integrationspolitik der niederländischen Regierung und der Wahrnehmung der niederländischen Politik im Ausland entstanden: Die polarisierende Debatte und die Verschärfungen der migrationspolitischen Gesetzgebung passen nicht zu „dem traditionell vorherrschenden Bild der Niederlande als tolerantes, liberales und auf Konsensus ausgerichtetes Land“ (Kortmann/Wilp 2015: 285). Nur selten wird dieses gängige Bild hinterfragt. Die Niederlande genießen ein hohes Ansehen für den gesellschaftlichen Umgang mit Zuwanderung. „Man ging lange Zeit allgemein davon aus, dass die niederländische Politik frühzeitig sachgerechte und pragmatische Maßnahmen ergriffen und die Zuwanderer im Land somit in vorbildlicher Weise gefördert habe“ (Kortmann/Wilp 2015: 285).

Anfang der 2000er Jahre änderte sich die öffentliche und die politische Debatte. Paul Scheffer, Pim Fortuyn und Geert Wilders begannen erfolgreich, migrationsskeptische Positionen der Wählerschaft aufzugreifen und in den öffentlichen und politischen Diskurs einzubringen. Andere Parteien wurden in der Folge dazu gedrängt, zu einwanderungs- und integrationspolitischen Themen Stellung zu beziehen.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, inwieweit die Niederlande bei der gesellschaftlichen und politischen Verarbeitung von Migration eine Sonderstellung in Europa einnehmen. Woher stammt das Bild des toleranten und liberalen Landes? Wie kam es zur Polarisierung der migrations- und integrationspolitischen Debatte? Wie wird das Thema Zuwanderung diskutiert, nachdem rechtspopulistische Parteien in das niederländische Parlament eingezogen sind? Und welche Folgen hat dies für die gesetzgeberische Verarbeitung von Migration?

Zunächst gibt Kapitel 2 einen Überblick über Zuwanderungszahlen und migrationspolitische Einstellungen der niederländischen Wählerschaft. Anschließend zeichnet Kapitel 3 die historischen Grundlagen und die Entwicklung der multikulturellen Politiken nach, die das Bild der Niederlande als multikulturelles Land prägten. Kapitel 4 setzt sich mit dem Aufstieg populistischer Politiker auseinander, während Kapitel 5 das Regierungshandeln in Zeiten der Polarisierung skizziert.

Glossar: Abkürzungen der politischen Parteien

CBS	<i>Centraal Bureau voor de Statistiek</i>	Niederländisches Pendant zum Statistischen Bundesamt
CDA	<i>Christen-Democratisch Appèl</i>	Christlich-Demokratischer Aufruf, christdemokratisch
COB	<i>Continu Onderzoek Burgerperspectieven</i>	Erhebung des Niederländischen Instituts für Sozialforschung
CU	<i>ChristenUnie</i>	ChristenUnion, christlich-demokratisch, orthodox-calvinistische Ausrichtung
D66	<i>Democraten 66</i>	Demokraten 66, Partei der Mitte
GL	<i>GroenLinks</i>	Grüne, links-progressive Partei
FvD	<i>Forum voor Democratie</i>	Forum für Demokratie, national-konservative, euroskeptische Partei
LPF	<i>Lijst Pim Fortuyn</i>	Liste Pim Fortuyn, von Fortuyn nach seinem Ausschluss aus der Partei <i>Lebenswerte Niederlande</i> gegründet; rechtspopulistisch; 2008 auf nationaler Ebene aufgelöst
NKO	<i>Nationaal Kiezersonderzoek</i>	Große Wählerumfrage; wird zu Parlamentswahlen durchgeführt; Beteiligung aller politikwissenschaftlicher Institute niederländischer Universitäten
PvdA	<i>Partij van de Arbeid</i>	Partei der Arbeit, sozialdemokratisch
PVV	<i>Partij voor de Vrijheid</i>	Partei für die Freiheit; von Geert Wilders gegründet, rechtspopulistisch
SP	<i>Socialistische Partij</i>	Sozialistische Partei
VVD	<i>Volkspartij voor Vrijheid en Democratie</i>	Volkspartei für Freiheit und Demokratie, konservativ-liberal

2. MIGRATION UND DIE BEVÖLKERUNG

2.1 ENTWICKLUNG DER MIGRATIONSZAHLEN

INFOBOX – Grundlagen

- Fläche: 41.543 km² (inklusive Küstenmeer)
- Bevölkerung: 17.181.084
- Bevölkerungsdichte: 510 Einw./km²
- Jährliche Bevölkerungswachstumsrate: 5,8 % (2017)
- Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (erste Generation Zugewanderter): 12,1 %
- Arbeitslosenquote: 3,8 %

Quelle: CBS; Zahlen von 2018, sofern nicht anders angegeben.

Rund 4 Millionen der etwa 17 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der Niederlande haben einen Migrationshintergrund (CBS 2018a, Definition siehe Infobox). Daraus ergibt sich für 2018 ein Anteil von 23,1 %. Zu den wichtigsten Herkunftsländern zählen Indonesien, Deutschland, die Türkei, Marokko und Suriname.

Seit der Öffnung des niederländischen Arbeitsmarktes für Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa steigt insbesondere die Arbeitsmigration aus Polen kontinuierlich an. Seit 2014 ist erneut ein stärkerer Anstieg in der Arbeitszuwanderung zu verzeichnen, da Migranten aus Rumänien und Bulgarien nun keine Arbeitserlaubnis mehr benötigen und sich frei auf dem europäischen Arbeitsmarkt bewegen können. Dies spiegelt sich auch in den Migrationsmotiven wider (Abb. 1). Die Zahl der Menschen mit nicht-westlichem Migrationshintergrund stieg seit der Jahrtau-

ARBEITSMIGRATION AUS MITTEL- UND OSTEUROPA

sendwende hauptsächlich durch Familienzusammenführungen und die Geburt der zweiten und dritten Generation (Tillie et al. 2016: 49). Erst mit den steigenden Zahlen von Asylsuchenden ab 2015 ist in dieser Gruppe wieder ein stärkerer Zuwachs zu verzeichnen.

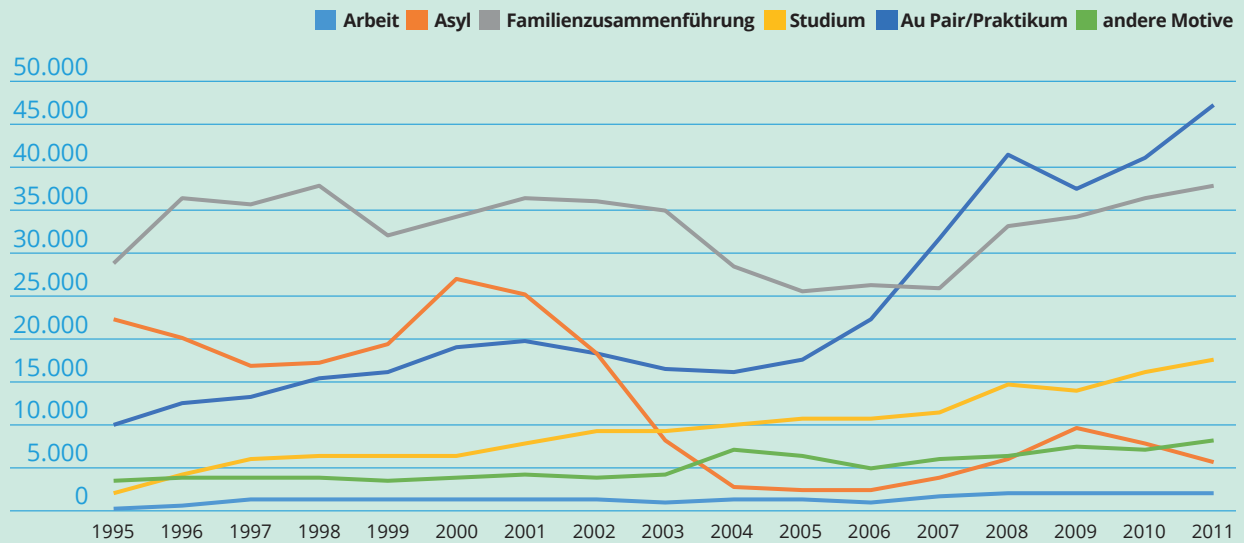
INFOBOX – Begriffserläuterungen

Die verwendeten Begrifflichkeiten im Hinblick auf Zugewanderte haben sich in den Niederlanden im Laufe der Zeit gewandelt. In den 1980er Jahren war der Begriff **(ethnische) Minderheiten** gebräuchlich, wenn man über Migranten sprach. Dieser ist jedoch nicht mit Begriffen wie *Einwanderer* oder *Ausländer* gleichzusetzen. Minderheitspolitische Maßnahmen richteten sich an alle Gruppen, die in einer Minderheitensituation leben und somit eine Sonderbehandlung notwendig machten, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu vermeiden. Ihnen gegenüber trug die Regierung eine besondere Verantwortung, sei es durch eine koloniale Vergangenheit oder dadurch, dass diese Menschen durch Behörden in die Niederlande geholt worden waren (Ministerie van Binnenlandse Zaken 1983; Entzinger 1996). Dies rechtfertigte die staatliche Förderung dieser Gruppen gegenüber anderen Gruppen.

Mit dem Verschieben des Schwerpunktes der Migrations- und Integrationspolitik auf das Individuum in den 1990er Jahren setzten sich andere Begriffe – die Unterscheidung zwischen *allochtoon* und *autochtoon* – durch, die in anderen Ländern eher ungebräuchlich sind (Kortmann/Wilp 2015). Der Begriff **Autochthon** beschreibt Menschen, deren Eltern, ebenso wie sie selbst, in den Niederlanden geboren sind; der Begriff **Allochthon** umfasst alle Menschen, die selbst im Ausland geboren sind und somit zur ersten Generation gehören, oder von denen zumindest ein Elternteil im Ausland zur Welt kam (zweite Generation). Allochthone werden in zwei Gruppen, die westlichen und die nicht-westlichen Allochthonen, unterteilt. Diese Einteilung erfolgt **auf Basis politisch-kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren**. Bei den nicht-westlichen Allochthonen handelt es sich um Menschen, die ihre Wurzeln in Süd- und Mittelamerika, Asien (mit der Ausnahme von Indonesien und Japan, die als westlich gelten), Afrika und der Türkei haben. Diese Gruppe steht auch im Zentrum der Diskussion um Zuwanderung und Integration.

Diese Unterteilungen sind jedoch nicht unumstritten, da sie missverständlich oder stigmatisierend sein können, unter Umständen nicht dem Selbstbild der betroffenen Personen entsprechen und der Diversität der Herkunftsländer und Migrationsmotive nicht gerecht werden (Bovens et al. 2016). Deswegen entschied der wissenschaftliche Beirat für Regierungspolitik in Zusammenarbeit mit dem zentralen Büro für Statistik 2016, dass beide Institutionen stattdessen die Begriffe **Menschen mit niederländischem Hintergrund**, wenn beide Eltern und die Person selbst in den Niederlanden geboren sind, und **Menschen mit Migrationshintergrund**, wenn mindestens ein Elternteil beziehungsweise die Person selbst im Ausland geboren wurde, verwenden werden. Außerdem soll die Unterscheidung *westlich* und *nicht-westlich* durch eine weitere Auffächerung nach Herkunftsländern ersetzt werden, um der Diversität gerecht zu werden. Der wissenschaftliche Beirat forderte die Regierung auf, die Begriffe Allochthon und Autochthon zugunsten der neuen Begriffe aufzugeben.

Abb.1: Migration nach Motiven

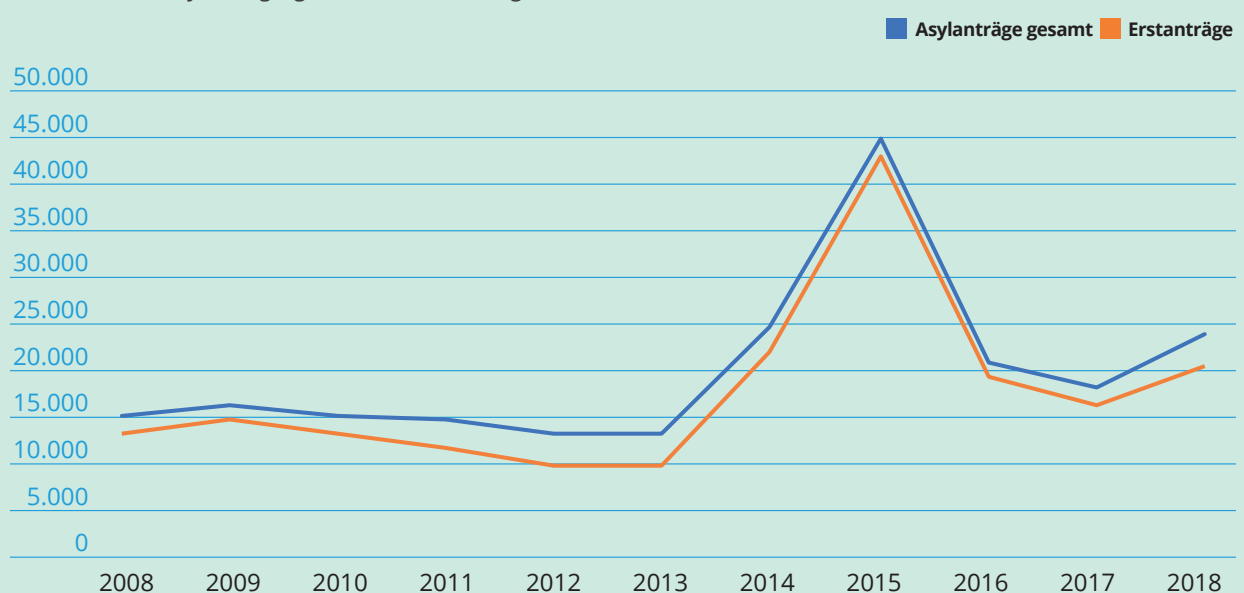


Quelle: CBS / Eigene Darstellung

2001 nahm die Zahl der Asylsuchenden zunächst ab (Tillie et al. 2016). 2008 nahmen die Asylgesuche von irakischen und 2009 die von somalischen Staatsbürgern aufgrund der kategorialen¹ Schutzpolitik wieder zu. Von 2013 bis 2015 stellten immer mehr Menschen einen Asylantrag in den Niederlanden. Zählte die zuständige Behörde 2013 noch rund 13.000 Asylanträge, waren es 2015 fast 45.000 (Eurostat 2018; siehe auch Abb. 2). Syrien und Eritrea wurden nun erstmals zu wichtigen Herkunftsländern. Weitere wichtige Herkunftsländer waren bzw. sind Afghanistan, Irak, Iran und Somalia (CBS 2018a). Nach 2015 sanken die Asylbewerberzahlen wie in vielen EU-Mitgliedsstaaten auch in den Niederlanden: Nur ungefähr 20.000 Menschen stellten 2016 einen Erstantrag in den Niederlanden.

2015: HÖHEPUNKT DER ASYLZUWANDERUNG

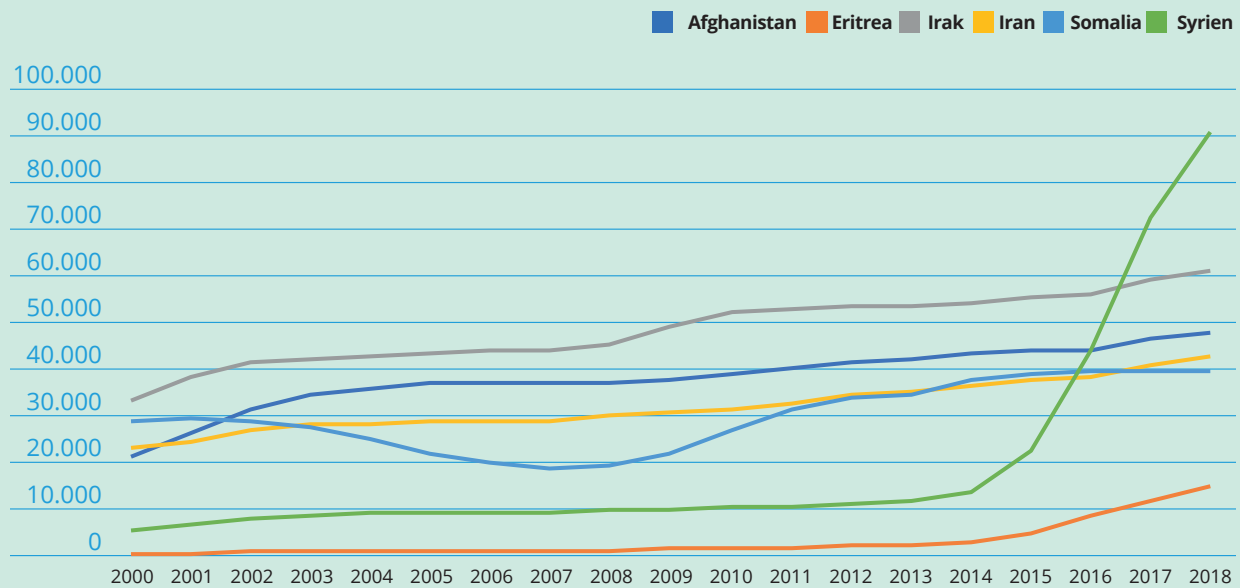
Abb.2: Zahl der Asylanträge (gesamt und Erstanträge)



Quelle: Eurostat 2018 / Eigene Darstellung

¹ Die kategoriale Schutzpolitik gesteht Asylsuchenden aus bestimmten Regionen dieser Länder automatisch einen zeitlich begrenzten Aufenthaltstitel zu (Tillie et al. 2016: 51).

Abb.3: Herkunftsländer von Geflüchteten in den Niederlanden



Quelle: CBS / Eigene Darstellung

INFOBOX – Zuwanderergruppen nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen drei verschiedene Gruppen von Zuwanderern in die Niederlande: Bewohner der ehemaligen Kolonien, Gastarbeiter und Asylsuchende. Schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wanderten rund 300.000 Menschen aus Indonesien ein (Oostindie 2015: 93). Durch eine überdurchschnittlich hohe Bildung und die zügige Erlangung der niederländischen Staatsbürgerschaft verlief die Integration indonesischer Zugewanderte in der Regel schnell (van Amersfoort/van Niekerk 2003). Auch einige Tausend Molukker migrierten zu dieser Zeit in die Niederlande (Böcker/Groenendijk 2004: 308). Dabei handelt es sich um Menschen aus Indonesien, die in der niederländischen Kolonialarmee gedient hatten. Da die indonesische Regierung ihnen nach der Entlassung aus der Armee aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen die Rückkehr auf ihre Geburtsinseln nicht gestattete, kamen die Molukker quasi gezwungenermaßen in die Niederlande (vgl. auch van Amersfoort/van Niekerk 2003).

Nachdem Suriname die Unabhängigkeit von den Niederlanden erlangt hatte, wanderten zwischen 1975 und 1979 etwa 100.000 Menschen aus Suriname ein (Oostindie 2015: 94). Nach dem Abgleiten Surinames in eine Militärdiktatur fanden insbesondere Regimegegner Zuflucht (Böcker/Groenendijk 2004). Ihre Integrationsbilanz gestaltete sich gemischt, da die Surinamer verschiedenen Schichten, Ethnien und Altersgruppen entstammten (van Niekerk 2000: 89). In den 1980er Jahren fanden dann vor allem Zugewanderte von den niederländischen Antillen ihren Weg aufs niederländische Festland, die allerdings eine hohe Rückwanderungsquote aufwiesen und deren Integration problematisch verlief. Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Zuwanderung aus ehemaligen Kolonien war verhältnismäßig gering (van der Heijden 2015: 339).

Gastarbeiter migrierten vor allem aus der Türkei und Marokko in die Niederlande. Trotz des Anwerbstopps im Jahr 1973 wuchs ihre Zahl weiter, da viele Zugewanderte ihren Lebensmittelpunkt in die Niederlande verlagerten und ihre Familie nachholten (Böcker/Groenendijk 2004: 312). Diese Migrationsbewegung nahm bis 1980 ab, da die Familienzusam-

menführung für viele abgeschlossen war. Ende der 1980er Jahre kam es noch einmal zu einer Steigerung, da viele Zugewanderte der zweiten Generation das Alter der Familiengründung erreichten und Ehepartner aus ihren Heimatländern in die Niederlande holten. Bis in die 1990er Jahre traf auch diese Gruppe von Zugewanderten auf wenig gesellschaftlichen Widerstand in den Niederlanden (van der Heijden 2015: 339).

Die dritte Gruppe von Zugewanderten bildeten die Asylsuchenden, deren Zahl bis zum Ende der 1980er Jahre auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Deswegen fiel diese Gruppe der „Kontingentflüchtlinge“, die auf Einladung der niederländischen Regierung ins Land geholt wurden, kaum ins Gewicht (Böcker/Groenendijk 2004: 313). Anfang der 1990er Jahre stieg aufgrund der Balkankriege die Zahl Asylsuchender, die selbstständig in die Niederlande kamen. Diese Entwicklung setzt sich bis heute aufgrund verschiedener Krisen und Kriege fort.

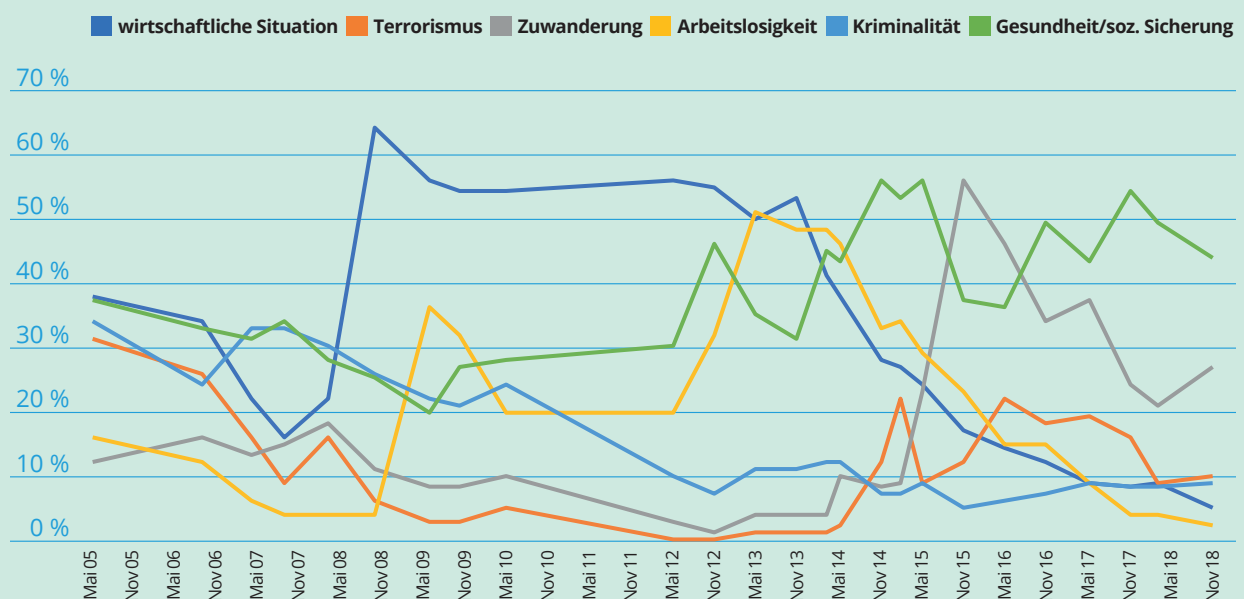
2.2 WÄHLEREINSTELLUNGEN UND MIGRATION

Die niederländische Bevölkerung nimmt Migration als eine der wichtigsten Herausforderungen für ihr Land wahr. In den Umfragen schafft es das Thema Migration regelmäßig in die Top 10 oder sogar Top 5 der wichtigsten nationalen Probleme (Europäische Kommission 2018, vgl. Abb. 4). 2015 lag es sogar auf Platz eins der wichtigsten Herausforderungen. Allerdings nahmen die Sorgen gegenüber Zuwanderung schnell wieder ab, weshalb das Thema Migration in den Folgejahren nur noch auf dem zweiten Platz der wichtigsten Themen lag.

**BEVÖLKERUNG NIMMT
ZUWANDERUNG ALS GROSSES
PROBLEM WAHR**

Die nationale Wählerumfrage NKO (Aarts et al. 1998) zeigt, dass mehr als die Hälfte der Wählerschaft Zuwanderung bereits seit Ende der 1990er Jahre als großes Problem benennen. Weitere Umfrageergebnisse untermauern diesen Trend: Ungefähr 60 % der Wählerschaft befürworten die Anpassung von Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft und rund 50 % sprechen sich für eine strengere Abschiebepolitik aus (Tillie et al. 2016: 60-62). Diese Werte blieben zwischen 1998 und 2012 relativ konstant.

Abb.4: Salienz: Was sind die wichtigsten Probleme, die Ihr Land betreffen? (in %)



Quelle: Europäische Kommission 2019; eigene Darstellung / Eigene Darstellung

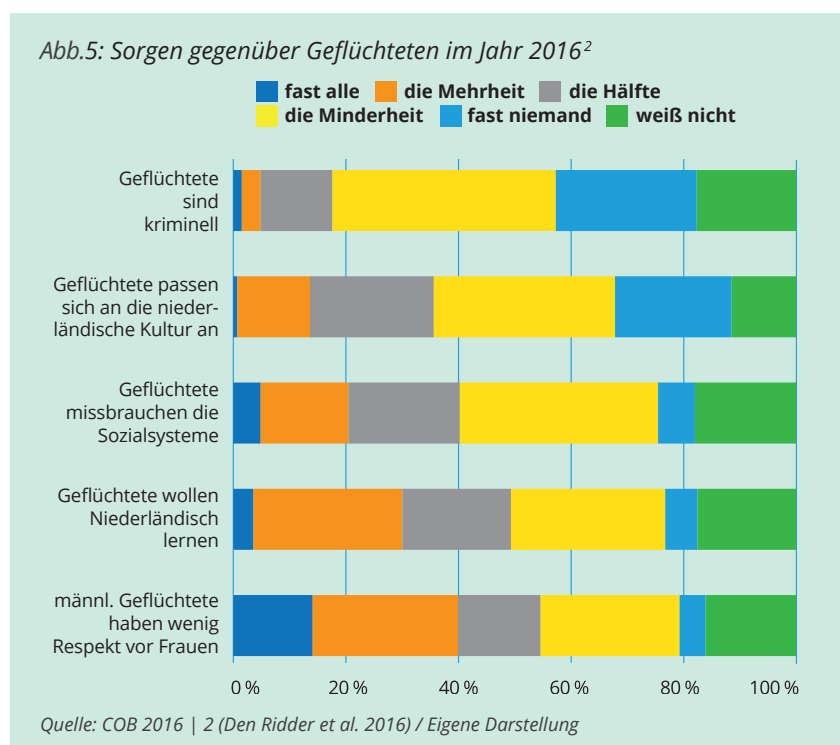
Um 2010 änderte sich die Stimmungslage ein wenig. Niederländer waren ‚klassischen‘ Migrantengruppen gegenüber, beispielsweise aus Marokko oder der Türkei, etwas weniger skeptisch (Dekker 2015: 229). Aus Angst vor Lohndumping nahm stattdessen die Wahrnehmung von Arbeitsmigration aus Osteuropa als Bedrohung zu. Ab Mitte 2014 stieg die Bedeutung der Migration aus Nicht-EU-Staaten jedoch wieder im Zusammenhang mit langsam wachsenden Zahlen Asylsuchender (Den Ridder et al. 2014: 9). Angesichts der zunehmenden Asylbewerberzahlen im zweiten Halbjahr 2015 sahen niederländische Bürger Fluchtmigration als größtes Problem an (Dekker et al. 2015).

Dieser Beurteilung von Asylsuchenden und Zugewanderten im Jahr 2015 liegen unterschiedliche Sorgen zugrunde. Dabei spielt die Unterscheidung zwischen Asylsuchenden, die Krieg und Verfolgung entkommen möchten, und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen eine Rolle (Den Ridder et al. 2016, 33): Während 86 % der Befragten zustimmten, dass die Regierung Verfolgten Schutz bieten sollte, befürworteten dies nur 48 % der Befragten im Fall sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge (Dekker/Den Ridder 2015: 81).

Umfragen belegen zudem die Verbreitung ‚wohlfahrtschauvinistischer‘ Einstellungen. Befragte befürchten, dass Zugewanderte einheimische Ressourcen verknappen und damit in Konkurrenz zu Niederländern treten könnten (Den Ridder et al. 2016: 35). Damit steht die Kritik der Zuwanderung im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Probleme wie beispielsweise dem mangelnden Wohnraum in städtischen Räumen. Darüber hinaus gaben viele Befragte auch zu bedenken, dass die Behörden die ‚falschen‘ Menschen ins Land ließen und sich IS-Angehörige und Kriminelle unter den Geflüchteten befinden würden (Den Ridder et al. 2016: 35). Die Ausreise von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund in das syrische Bürgerkriegsgebiet bzw. in das IS-Kalifat erfuhr immer wieder große mediale Aufmerksamkeit. Deshalb war dieses Thema vielen Befragten präsent.

**SORGE VOR
INTEGRATIONSPROBLEMEN**

Die weiteren migrationsbezogenen Sorgen sind eher sozio-kultureller Natur und beziehen sich auf das Thema Integration. Beispiele hier sind „unangepasstes Verhalten“ und „große kulturelle Unterschiede“ sowie „fehlender Respekt vor Frauen“ und „fehlende Integration und Anpassung“ (Den Ridder et al. 2016: 37; vgl. Abb. 5).

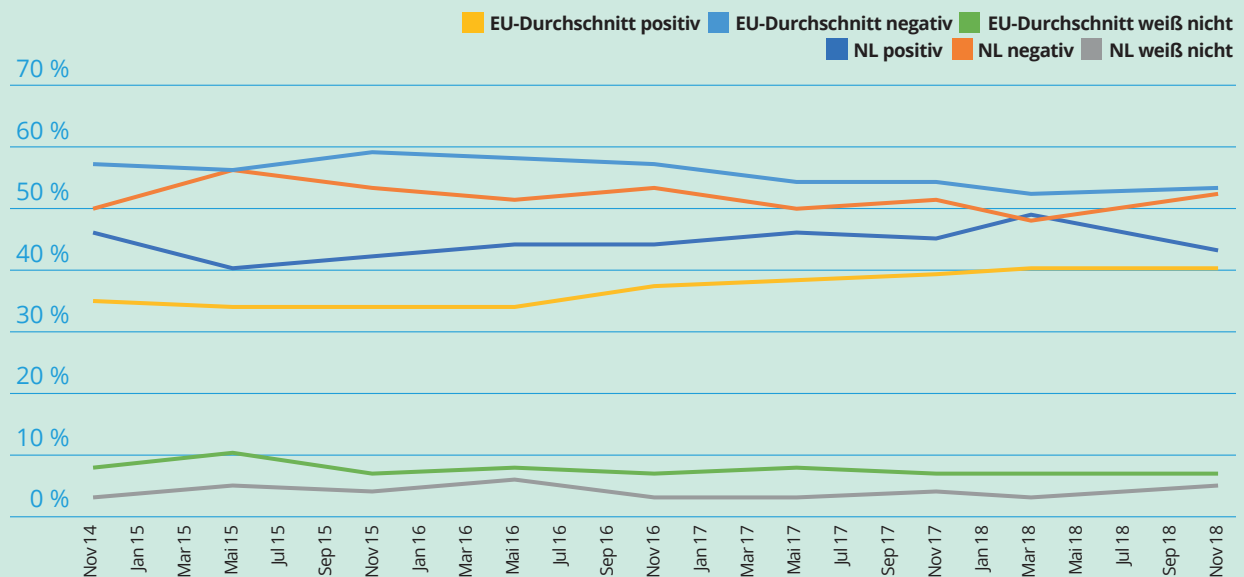


EINSTELLUNGEN ZU MIGRATION POSITIVER ALS DER EU-DURCHSCHNITT

Obwohl viele Befragte Migration aus Nicht-EU-Staaten skeptisch gegenüberstehen, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Niederlande durchaus positiver gestimmt sind als der EU-Durchschnitt (Europäische Kommission 2019). Ähnliches zeigt sich auch im Hinblick auf die EU-Binnenmigration. Auch hier sind die Niederländerinnen und Niederländer positiver eingestellt als der EU-Durchschnitt (vgl. Abb. 6 und 7).

Diese positivere Einstellung zeigt sich auch in Bezug auf den Eindruck, den Befragte hinsichtlich des Einflusses von Migration auf die Gesellschaft haben: Hier liegen die niederländischen Befragten hinter Schweden, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich auf Platz 4, wenn sie gefragt werden, ob Zuwanderung einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft hat (Europäische Kommission 2018a). Auch sehen Niederländer Zuwanderung häufiger als Bereicherung für das kulturelle Leben (83 %) als andere westeuropäische Länder³ (72 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage, ob Zugewanderte Arbeiten übernehmen können, für die kaum einheimisches Personal gefunden werden kann, und ob Zuwanderung für einen ‚Innovationsboost‘ sorgen kann: Hier liegen die Niederlande jeweils 5 % über dem westeuropäischen Durchschnitt. Analog dazu haben Niederländer (15 %) auch – im Gegensatz zu anderen Westeuropäern (30 %) – keine große Angst, dass Zugewanderte Einheimischen den Arbeitsplatz wegnehmen könnten. Im Hinblick auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen von Migration liegen die Niederlande und andere westeuropäische Staaten näher beieinander: 55 % und im westeuropäischen Durchschnitt 56 % sehen einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft und 54 % bzw. 52 % sehen eine Belastung für den Wohlfahrtsstaat. Im Vergleich scheinen niederländische Befragte Zuwanderung also eher als ein ökonomisches Problem wahrzunehmen.

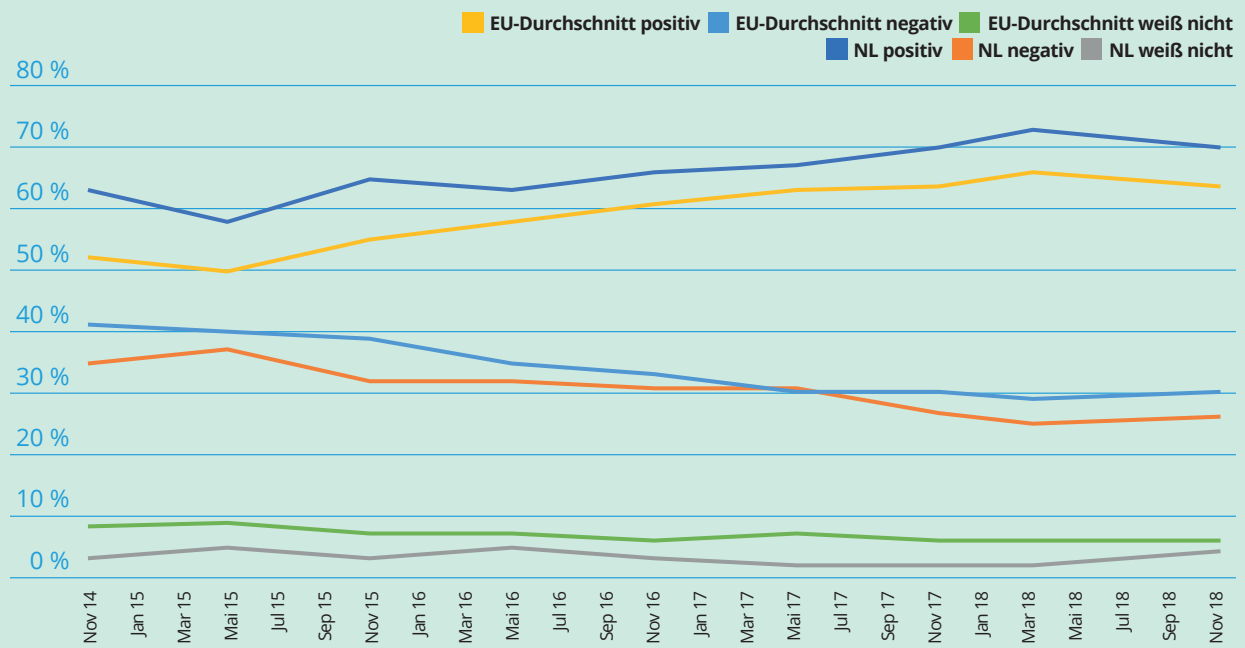
Abb.6: Einstellungen gegenüber Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

- 2 Lesebeispiel: 14 % der Befragten denken, dass für alle männlichen Flüchtlinge gilt, dass sie wenig Respekt vor Frauen haben; 26 % der Befragten denken, dass dies auf die Mehrheit zutrifft; 15% der Befragten meinen, dass dies auf die Hälfte zutrifft.
- 3 Ähnlich dem MIDEM Bericht zur Europawahl wurden hier Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und das Vereinigte Königreich als Westeuropa aufgefasst.

Abb.7: Einstellungen gegenüber Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedsstaaten



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

3. HISTORISCHE RÜCKBLENDE UND ANFÄNGE DER INTEGRATIONS-POLITIK: DIE NIEDERLANDE ALS LAND DER MINDERHEITEN

Seit Ende der 1960er Jahre hat die selbst gewählte Segregation – also das isolierte ‚Nebeneinanderherleben‘ - einzelner religiöser und ideologisch definierter Gruppen innerhalb der niederländischen Gesellschaft stetig abgenommen, sodass man heute nicht mehr von einem niederländischen Partikularismus sprechen kann. Dennoch bildete dieser Partikularismus die Grundlage für die multikulturelle Politik der 1980er Jahre. Die Integration von Zugewanderten sollte ähnlichen Mustern folgen wie der Umgang mit traditionellen religiösen und ideologischen Minderheiten. Diese Politik und Integrationsgedanken prägten lange das Bild der Niederlande als weltoffenes und tolerantes Land. Auch heute noch sind die Auswirkungen des Partikularismus im politischen System spürbar: So werden beispielsweise kontroverse Themen mitunter entpolitisiert – sprich dem politischen Zugriff entzogen –, um parteipolitische Konflikte zu vermeiden. In Debatten rund um Migration und Integration wird auch heute noch auf die partikularistische Vergangenheit verwiesen, wie zum Beispiel vom Soziologen Paul Scheffer in seinem Essay „Das multikulturelle Drama“.

3.1 GESELLSCHAFTLICHER PARTIKULARISMUS UND DIE ‚VERSÄULUNG‘

‚SÄULEN‘ STRUKTURIERTEN DAS ALLTÄGLICHE LEBEN

Historisch gesehen waren die Niederlande schon immer ein Land der Minderheiten. Bis 1967 dauerte die Zeit des Partikularismus, der sogenannten Versäulung, an. Versäulung bedeutete, dass einzelne religiöse und ideologisch definierte Gruppen weitestgehend isoliert voneinander und aneinander vorbei lebten (Lijphart 1968; Andeweg/Irwin 2009:). Die folgenden ‚Säulen‘ existierten: die ‚katholische Säule‘, die ‚gereformeerde‘ und die ‚Nederlands hervormde‘ als die beiden ‚protestantischen Säulen‘, die ‚liberale‘

und die ‚sozialistische Säule‘.⁴ Diese Gruppen strukturierten das alltägliche Leben vom Gesundheitssektor und Berufsorganisationen über Medien und Bildungseinrichtungen bis hin zur Freizeitgestaltung und Vereinsorganisation.

Neben den gesellschaftlichen Funktionen bildeten die ‚Säulen‘ die Basis für politische Parteien, um die Interessen der einzelnen Gruppen im parlamentarischen Raum zu vertreten. Keine der Parteien konnte jedoch eine parlamentarische Mehrheit erreichen. Deswegen fand auf der Ebene der politischen Eliten die notwendige Kooperation statt, um das Land regieren zu können (Lijphart 1968: 77; Andeweg/Irwin 2009: 28-30). Die ‚Säulen‘ trugen also gewissermaßen ein gemeinsames Dach.⁵ Da sich die Konfliktlinie Kirche/Staat und die sozioökonomische Konfliktlinie in Teilen überlagerten (beispielsweise gehörten verschiedene soziale Schichten zur Wählerschaft der konfessionellen Parteien), war diese Kooperation zwischen den politischen Eliten möglich.

Mitte der 1960er Jahre zeichnete sich das Ende der Versäulung ab.⁶ Bedingt durch Prozesse der Individualisierung und Säkularisierung, den Einfluss der modernen Massenmedien, den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, technologische Entwicklungen und ein höheres Bildungsniveau wurden Angehörige der ‚Säulen‘ materiell und immateriell unabhängiger von ihren jeweiligen Institutionen und ermöglichten diese Entwicklungen eine vermehrte Kommunikation mit Andersdenkenden. Der Einfluss von Religion und sozialer Klasse nahm dadurch ab (Tillie et al. 2016: 14). Dieser Zerfall zeigte sich auf drei verschiedenen Ebenen. Erstens fusionierten auf institutioneller Ebene einige Organisationen verschiedener ‚Säulen‘ miteinander und solche Organisationen, die keiner ‚Säule‘ angehörten, gewannen an Einfluss (Andeweg/Irwin 2009: 58). Zweitens nahm die Unterstützung der Eliten für das bisherige System ab: Vor allem Parteien aus dem linken Spektrum verweigerten ihre Kooperation mit anderen Parteien (Lijphart 1968). Drittens nahm die Loyalität der Wählerschaft zu den Parteien ihrer ‚Säulen‘ ab. Während die meisten Niederländerinnen und Niederländer bis 1967 die Partei ihrer ‚Säule‘ wählten, wechselten 1967 nach den Wahlen 15 Mandate die politische Ausrichtung und Partei. Anfang der 1970er Jahre waren es sogar schon 20 Mandate. Diese Entwicklung setzt sich bis zum heutigen Tag fort: Die niederländischen Wählerinnen und Wähler fühlen sich immer weniger einer bestimmten Partei zugehörig. Vor allem kleine Parteien profitieren von der höheren Volatilität der Wählerschaft.

3.2 DIE MINDERHEITENPOLITIK UND DIE NIEDERLANDE ALS EINWANDERUNGSLAND

Die gesellschaftliche Segmentierung betraf auch Zugewanderte und beeinflusste die Migrations- und Integrationspolitik: Zugewanderte sollten, wie im Rahmen der konfessionellen und ideologischen ‚Säulen‘, ihre eigene Identität und Kultur bewahren und in Verbänden pflegen (Firley 1997: 40-42). Die Segregation von Migrantinnen und Migranten konnte bis Anfang der 1980er Jahre mit dem zeitlich begrenzten Charakter der Gastarbeit und dem Erleichtern der Rückkehr gerechtfertigt werden (Entzinger 2006: 124). Anfang der 1980er Jahre aber wuchs auch innerhalb der politischen Eliten das Bewusstsein dafür, dass die Niederlande ein Einwanderungsland

**ELITEN DER ‚SÄULEN‘
KOOPERIERTEN UND REGIERTEN**

**1967: ENDE DER VERSÄULUNG,
ENTWICKLUNG SETZT SICH BIS
HEUTE FORT, WÄHLERINNEN SIND
UNENTSCHLOSSENER**

**INTEGRATION DURCH
WEITGEHENDE MITWIRKUNGS-
RECHTE UND BEHALT DER
EIGENEN KULTUR**

4 Der Organisationsgrad der einzelnen Säulen war unterschiedlich stark ausgeprägt: Während sich die Katholiken besonders stark von den anderen Bevölkerungsgruppen absonderten, fehlte den protestantischen Säulen beispielsweise die zentrale Führung. Die liberale und die sozialistische Säule agierten sehr dezentral und teilten sogar einige Organisationen (Andeweg/Irwin 2009: 28).

5 Vgl. auch Lijpharts Theorie des *Conscionalism*, für den die Niederlande bis 1967 als archetypischer Fall gelten (Lijphart 1977).

6 Der Zerfall betraf die verschiedenen Säulen unterschiedlich stark: die katholische Säule war am stärksten segmentiert und zerfiel deswegen stark; die liberale Säule hingegen war seit jeher offener und weniger strikt als andere Säulen und war deswegen weniger Objekt dieser Entwicklung.

geworden waren. Diesem Bekenntnis zur Einwanderung folgten Integrationsmaßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände von Migrantinnen und Migranten, wie beispielsweise im Bereich der Bildung, des Einkommens und des Wohnens (Kortmann/Wilp 2015: 292). Diese Maßnahmen basierten auf der „ritualistisch erhalten gebliebenen Versäulungstradition“ (Berndt 2001: 68) und waren gezielt an Minderheiten gerichtet.

Diese Minderheitenpolitik⁷ sollte unter anderem der Emanzipation von Zugewanderten dienen und kam vor allem 1983 in der *Minderhedennota* zum Ausdruck, die ein „Bekenntnis zu einer toleranten, multikulturellen und pluralistischen Gesellschaft“ (Kortmann/Wilp 2015: 293) mit verschiedenen, unabhängig voneinander existierenden Kulturen enthielt. So schrieb man der Selbstorganisation von Migranten und Migrantinnen eine Schlüsselrolle in der Integration zu und ermöglichte migrantischen Organisationen aufgrund ihrer beratenden Funktion bis Ende der 1990er Jahre staatliche Förderungen. Durch die erleichterte Einbürgerung, das kommunale Wahlrecht und Antidiskriminierungsgesetze sollte außerdem die Mitsprache von Zugewanderten gewährleistet werden (Böcker/Groenendijk 2004: 323). Sie sollten die gleiche Behandlung erfahren wie die niederländische Bevölkerung und dabei die Möglichkeit erhalten, ihre eigene kulturelle Identität zu bewahren (Entzinger 2006: 125). Deswegen kann diese Minderheitenpolitik im Rückblick als multikulturell⁸ bezeichnet werden (Entzinger 2003: 125). Trotz einiger Skepsis⁹ stießen die politischen Maßnahmen auf Unterstützung bei der Bevölkerung (Kortmann/Wilp 2015: 295). Diese tolerante Haltung lässt sich auf die traditionelle Koexistenz der verschiedenen ‚Säulen‘ zurückführen und sorgte für das Bild der Niederlande als Land des Multikulturalismus (Firley 1997: 42).

3.3 ANFÄNGE DER POLITISIERUNG VON MIGRATION

MINDERHEITENPOLITIK HATTE NICHT DIE INTENDIERTEN EFFEKTE

Gegen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre wurden Probleme mit Zugewanderten sichtbarer, und die Minderheitenpolitik schien nicht den gewünschten Effekt gehabt zu haben. Gründe hierfür lagen einerseits im fehlenden strukturellen Zusammenhang der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die dadurch nicht die Integrationskraft der früheren Säulen erreichten, und andererseits in einer hohen konfessionellen und sozialen Fragmentierung der Zugewanderten. Darüber hinaus besaßen viele Migranten und Migrantinnen keine niederländische Staatsbürgerschaft, wodurch sie als Wählerschaft für Parteien nicht in Frage kamen, was ihrer politischen Mitwirkung Grenzen setzte (Andeweg/Irwin 2009: 47).

SOZIOÖKONOMISCHE PROBLEME VON MIGRANTEN WERDEN SICHTBAR

Hinzu kamen Probleme sozioökonomischer Art, denn Zugewanderte waren oft schlecht ausgebildet, überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und wohnten räumlich segregiert. VVD-Politiker Frits Bolkestein griff 1991 außerdem die kulturelle Dimension von Integration auf, kritisierte die bisherige Integrationspolitik und den Multikulturalismus und bezeichnete den Islam als eine Religion, die einen Gegensatz zu freiheitlich-liberalen Werten und Normen bilde (Wilp 2007: 17-18). Während Bolkestein auf politischer Ebene Kritik erntete – bis dahin galt noch die stillschwei-

7 Minderheitspolitische Maßnahmen richteten sich an alle Gruppen, die in einer Minderheitensituation leben; also Gruppen, die besonders von gesellschaftlichen Problemen betroffen waren.

8 Einige Beobachter sehen diesen Begriff kritisch, da die Integrationspolitik nicht dem Multikulturalismus als normatives Ideal folgte, sondern der Multikulturalismus eher eine deskriptive Beschreibung der wachsenden Diversität der Bevölkerung war (Duyvendak/Scholten 2010: 42; De Zwart 2011: 6).

9 In den 1970er Jahren hatte die niederländische Gesellschaft durch die Gewalttaten junger Molukker erfahren, wozu mangelnde Integration führen kann. Obwohl in den 1980er Jahren erstmals eine offen fremdenfeindliche Partei in die Tweede Kamer einzog, spiegeln deren 0,8 und 0,9 % des Stimmanteils in den 1980er Jahren keine breite Zustimmung der Wählerschaft wider (Kortmann/Wilp 2015: 294). Parteiführer Hans Janmaat wurde 1998 nicht wiedergewählt und galt außerdem in der Politik als Außenseiter, da seine Einlassungen von anderen Politikern als unwürdig und unanständig empfunden wurden (Tillie et al. 2016: 47; Leiprecht/Lutz 2003: 90).

gende Vereinbarung, Zuwanderungs- und Integrationsfragen nicht zum Gegenstand parteipolitischer Konfrontationen werden zu lassen (Berndt 2001: 67) – bekam er Rückhalt in der Bevölkerung. Ein Teil der Wählerschaft nahm die mangelnde Integration nicht-westlicher Migranten als Problem wahr und kritisierte zugleich die Abschiebung gut integrierter, aber illegal Zugewanderter (Vermeulen/Penninx 2000: 18). Trotzdem bemühten sich die ‚violetteren‘ Kabinette aus PvdA, VVD und D66 unter Wim Kok (1994-2002) das Thema Zuwanderung und Integration zu entpolitisieren – man erklärte Kultur zur Privatangelegenheit und priorisierte die Arbeitsmarktintegration (Leiprecht/Lutz 2003: 102).

Trotz der Bemühung, Kultur als Privatangelegenheit zu betrachten, beschloss die Regierung 1998 ein neues Integrationsgesetz, das sogenannte *Wet Inburgering Nieuwkomers* (Wilp 2007: 261). Durch dieses Gesetz waren Migranten verpflichtet, an einem kostenlosen Integrationskurs teilzunehmen. Der Kurs beinhaltete sowohl Sprachunterricht als auch die Vermittlung niederländischer Werte zur gesellschaftlichen Integration (Joppke 2007: 6). Integration verlor also den Gruppencharakter der Minderheitenpolitik und konzentrierte sich von nun an stärker auf das Individuum – aus der Minderheitenpolitik wurde die sogenannte *Allochthonenpolitik* (Joppke 2006: 256).

Tatsächlich verbesserte sich die sozioökonomische Position von Migrantinnen und Migranten in den Bereichen Arbeit, Bildung und Wohnen zum Ende der 1990er Jahre. Ob diese positiven Veränderungen auf die Integrationspolitik oder eher auf die verbesserte wirtschaftliche Lage zurückzuführen sind, ist unklar (Entzinger 2006: 126). Gegen Ende des Jahrzehnts dominierte dennoch die Sichtweise, dass die bisherige Integrationspolitik die gesteckten Ziele nicht erreicht habe. Kritisiert wurde vor allem die weiterhin vergleichsweise schlechte sozioökonomische Situation vieler Migranten sowie ihre Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen (Kortmann/Wilp 2015: 297). Der niederländische Multikulturalismus geriet also trotz kleiner Erfolge unter Druck (Koopmans 2007: 42). Die andauernde Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der Integrationspolitik führte schließlich zu einem Richtungswechsel in der Politik.

4. DER TABUBRUCH DER 2000ER JAHRE

Um die Jahrtausendwende änderte sich die Stimmung in den Niederlanden schlagartig. Im Januar 2000 erregte der Essay „Das multikulturelle Drama“ des Publizisten und Soziologieprofessors Paul Scheffer große Aufmerksamkeit (Tillie et al. 2016: 54). Scheffer warf niederländischen Politikern vor, sie gingen gleichgültig mit dem Thema kultureller Identität um (Scheffer 2000). Außerdem würden Probleme wie Segregation, Kriminalität und Arbeitslosigkeit bei ethnischen Minderheiten unter den Teppich gekehrt. Einerseits stieß Scheffers Ansicht in Politik und Gesellschaft auf Ablehnung. Andererseits traf er in einigen Kreisen der Bevölkerung einen Nerv: Er brachte öffentlich zum Ausdruck, was viele Menschen dachten, aber sich nicht auszusprechen wagten (Entzinger 2006: 128).

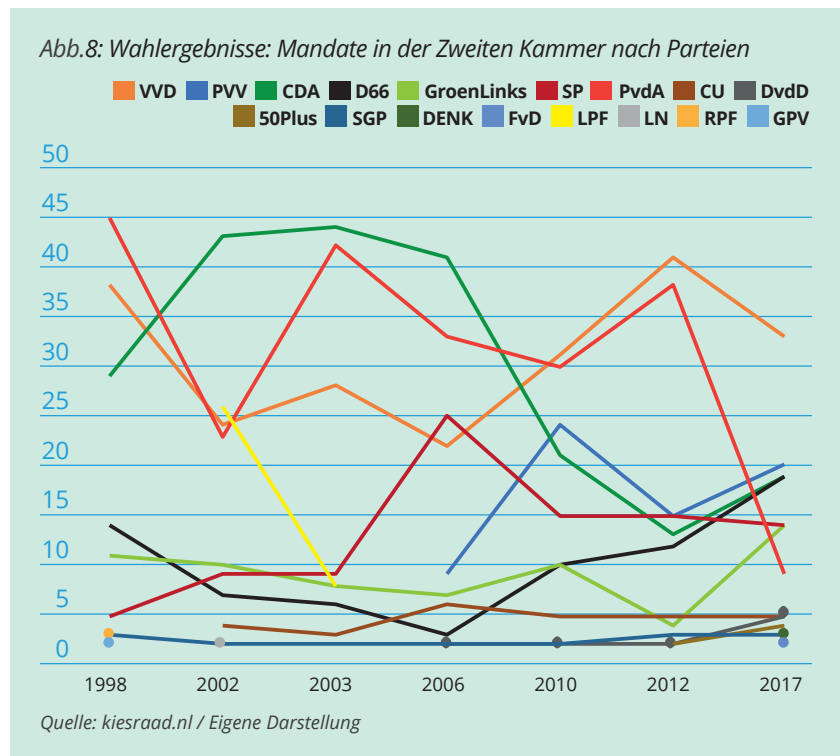
Rückblickend markiert Scheffers Essay einen Wendepunkt in der öffentlichen und politischen Debatte über Migration und Integration (Entzinger 2006: 129). Scheffer brach mit dem Tabu, Probleme mit der Integration Zugewanderter öffentlich zu thematisieren (Prins 2002). Verstärkt wurde das Echo von Scheffers Kritik durch die Ereignisse vom 11. September 2001 (Tillie et al. 2016: 55). Zuwanderungs- und Integrationsdebatten wurden – wie in vielen anderen europäischen Ländern auch – als Dimension der Sicherheitspolitik betrachtet. Dies hatte insbesondere Auswirkungen auf die Wahrnehmung von muslimischen Zugewanderten und die Art, in der über Migration, Integration und Integrationsprobleme debattiert wurde.

1998: ERSTES INTEGRATIONS-GESETZ MIT ZIEL GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

PAUL SCHEFFER UND DAS „MULTIKULTURELLE DRAMA“

WENDEPUNKT IN DER DEBATTE

4.1 VERÄNDERUNGEN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT: AUFSTIEG POPULISTISCHER PARTEIEN UND RECHTSRUCK



Obwohl Pim Fortuyn, Gründer, Namensgeber und Spitzenkandidat der *Liste Pim Fortuyn* (LPF), kurz vor den Wahlen 2002 ermordet wurde, gelang es ihm, die Debatte um Zuwanderung und Integration nachhaltig und über seinen Tod hinaus zu beeinflussen (Tillie et al. 2016: 55). Fortuyn äußerte sich schon in den 1990er Jahren kritisch zur vermeintlichen Islamisierung der niederländischen Kultur. Bis zu seinem raschen Aufstieg 2001/2002 galt er jedoch als Einzelkämpfer. Nachdem er im Februar 2002 wegen islamfeindlicher Äußerungen als Spitzenkandidat der Partei „Lebenswerte Niederlande“ (*Leefbaar Nederland*) zurücktrat, gründete Fortuyn seine eigene Partei, die LPF, deren zentrales politisches Anliegen die Kritik des Multikulturalismus war (siehe Infobox). Mit einwanderungsskeptischen Positionen und Islamkritik gelang es der Partei, Wähler zu gewinnen und mit 26 Mandaten im Parlament vertreten zu sein. Damit wurde die LPF gemeinsam mit dem CDA, dem auch Ministerpräsident Jan Pieter Balkenende angehörte, und der VVD Teil der Regierungskoalition, die allerdings nur kurz währte.

INFOBOX – Das lange Jahr 2002

Die Partei *Lebenswerte Niederlande* kürte den ehemaligen Soziologieprofessor und konservativen Kolumnisten Pim Fortuyn im Herbst 2001 zu ihrem Spitzenkandidaten. Schon im Februar 2002 musste Fortuyn diese Position aufgeben, nachdem er den Islam als „zurückgebliebene Kultur“ bezeichnet hatte (Andeweg/Irwin 2009: 23), einen Aufnahmestopp für Asylsuchende forderte und offen zugab, dass er diesbezüglich die Parteilinie ignorierte. Er stellte nun seine eigene Wahlliste zusammen (*Liste Pim Fortuyn*), um mit ihr an der Wahl teilnehmen zu können. Besonders kontrovers äußerte sich der offen homosexuelle und für seine Extravaganz bekannte Fortuyn zu den Themen Zuwanderung, Integration und Islam. Dabei kritisierte er die vermeintliche Islamisierung der Niederlande als Gefahr für freiheitlich-liberale Werte. Seine Kritik des Islams begründete er mit liberalen Überzeugungen, was ihn von vielen anderen Rechtspopulisten unterschied. Er sprach sich

dafür aus, dass Zugewanderte, die bereits in den Niederlanden lebten, bis auf wenige Ausnahmen dort verbleiben sollten und setzte sich für eine außerordentliche Regularisierung von Asylsuchenden ein: Asylsuchende, die unter die alte Gesetzgebung fielen und noch keine endgültige Entscheidung über ihren Antrag bekommen hatten, sollten eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Viele Wählerinnen und Wähler unterstützten Fortuyn sowohl aus fehlendem Vertrauen in die politische Elite als auch aus skeptischen Einstellungen gegenüber Zugewanderten. Zuwanderung und der Islam waren nicht Fortuyns einzige Themen: auch zu Politikfeldern wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit und öffentliche Verwaltung äußerte er sich.

Trotz der Ermordung Fortuyns durch einen radikalen Tieraktivisten kurz vor der Wahl zog die LPF in das Parlament und in die Regierungskoalition ein. Bei Neuwahlen im Januar 2003 konnte die LPF jedoch nur drei Mandate halten und agierte aus der Opposition heraus. Im Mai 2003 nahm schließlich die neue Regierung bestehend aus PvdA, CDA und D66 die Arbeit auf (Andeweg/ Irwin 2009: 24). Die LPF wurde 2006 nicht mehr ins Parlament gewählt und löste sich am ersten Januar 2008 auf.

Fortuyns Kritik an Islam und Multikulturalismus führte zu einer starken Polarisierung der Debatte, die auch nach seiner Ermordung anhielt (Tillie et al. 2016: 56). In der niederländischen Gesellschaft und Politik stehen sich seither nun mit Blick auf die Zuwanderungs- und Integrationsfrage zwei Lager gegenüber, die durch eine neue, kulturelle Konfliktlinie getrennt werden, die zwischen Befürwortern des Multikulturalismus und seinen Gegnern liegt (Pellikaan et al. 2007; 2018). Seitdem ist bei einigen Parteien eine programmatische Verschiebung zu beobachten, wie zum Beispiel bei der VVD, die sich mit LPF-Inhalten, wie einer restriktiven Migrations- und Integrationspolitik, profilieren konnte (Leiprecht/ Lutz 2003: 111). Außerdem behielt das Kabinett Balkenende II (2003-2006) auch eine eher restriktive Agenda in migrations- und integrationspolitischen Fragen bei, die die Eigenverantwortung des einzelnen Zugewanderten in den Fokus rückte. Auch gab es lange Zeit einen Minister bzw. Staatssekretär, der explizit mit Migrations- und Integrationsthemen betraut war (Michalowksi 2007: 61; Böcker/Thränhardt 2003: 4).

Die durch Fortuyn mitangestoßene und polarisierte Debatte spiegelte sich auch im parlamentarischen Betrieb wider. Während der ersten Generaldebatte des Sitzungsjahres im September 2002 (*Algemene Politieke Beschouwingen*) stellte Jan Marijnissen von der Sozialistischen Partei einen Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung zur Integrationspolitik (Marijnissen 2002). Dieser Antrag beruhte auf der Annahme, dass die bisherige Integrationspolitik gescheitert sei und die Gründe hierfür in den Blick genommen werden müssten. Mit der Untersuchung wurde eine parlamentarische Kommission unter der Leitung des VVD-Mitglieds Stef Blok beauftragt. Der Endreport der Kommission Blok (Blok 2004) rief vor allem negative Reaktionen hervor. Viele kritisierten die Kommission als voreingenommen und die Handlungsvorschläge als nicht weitreichend genug, da konkrete Lösungsstrategien fehlten (Wilp 2007: 265). Zwischen 2002 und 2004 hatte sich die Art und Weise, in der man über das Thema sprach, geändert. Es entstand zunehmend ein verbal geäußertes politisches Bedürfnis, ‚harte‘ Maßnahmen zu verabschieden.

Einige wichtige Ereignisse im Jahr 2004 verstärkten dieses Bedürfnis nach ‚harten‘ Maßnahmen in der Migrations- und Integrationsdebatte, die „eine spezifisch niederländische Dimension“ (Wilp 2007: 25) bekam. So sorgte der Mord am Regisseur Theo van Gogh durch Mohammed Bouyeri, Mitglied der radikalislamistischen *Hofstadgruppe*, und die Festnahme weiterer Mitglieder ebener Gruppe für große Unsicherheit in der Bevölkerung (Tillie et al. 2016: 57). Dies führte zu einer größeren Beachtung von Integrationsfragen auf politischer Ebene und weckte auch bei Eliten Zweifel an der bisherigen Integrationspoli-

WEITERE PARTEIEN FOLGEN DEM KURS DER LPF

MORD AN THEO VAN GOGH DURCH RADIKALEN ISLAMISTEN

tik (Kortmann/Wilp 2015). Das prominenteste Beispiel ist Rita Verdonks Politik als Ministerin für Integration und Ausländerangelegenheiten, die viel Selbstengagement von Migranten einforderte und ihr sowohl Lob als auch Kritik sowie den Spitznamen ‚eiserne Rita‘ einbrachte.

INFOBOX – Ministerin Verdonk und der Skandal um Ayaan Hirsi Ali

Die damalige VVD-Abgeordnete Ayaan Hirsi Ali machte sich vor allem in der Debatte um die Vereinbarkeit niederländischer und muslimischer Werte einen Namen. In verschiedenen Büchern und in einem Kurzfilm, den sie mit dem ermordeten Theo van Gogh gedreht hatte, forderte die somalisch-stämmige Niederländerin, dass die Misshandlung muslimischer Frauen nicht aus falsch verstandener Toleranz akzeptiert werden dürfe (Kortmann/Wilp 2015: 302). Besonders in islamistischen Kreisen wurde Hirsi Ali kritisiert und stand aufgrund von Morddrohungen unter Polizeischutz. 2006 entstand ein Skandal um Hirsi Ali: Ihr wurde vorgeworfen, in ihrem Asylantrag und später bei ihrer Einbürgerung falsche Angaben zu ihrer Person gemacht zu haben (Andeweg/Irwin 2009). Ministerin Verdonk drohte, ihr auf Basis eines Urteils des obersten Gerichtshofes die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Grundsätzlich war Verdonk jedoch eine politische Verbündete Hirsi Alis, da sich beide für strengere Integrationsauflagen einsetzten. Verdonk versprach zu untersuchen, ob es eine Möglichkeit zum Beibehaltung der Staatsbürgerschaft für Hirsi Ali gäbe. Sie fand tatsächlich eine Möglichkeit – Hirsi Ali konnte auf Basis des somalischen Namensrechts den Nachnamen ihres Großvaters führen. Daraufhin initiierte die Opposition ein Misstrauensvotum gegen Verdonk, die dieses Votum allerdings überstand und weiterhin in ähnlicher Funktion Teil des Kabinettes blieb. Diese Krise und das gescheiterte Misstrauensvotum führte jedoch letztendlich zum Fall der Regierung Balkenende II, nachdem die Minister von D66 Konsequenzen zogen und aus der Koalition austraten. Hirsi Ali hatte in der Zwischenzeit ihr Mandat aufgegeben und emigrierte in die USA.

4.2 GEERT WILDERS UND DIE PVV

Von 1998 bis 2004 gehörte Geert Wilders der VVD-Fraktion im Parlament an (Wilp 2015: 207). 2004 kam es aufgrund einer Meinungsverschiedenheit zum möglichen EU-Beitritt der Türkei zum Bruch mit der Fraktion. Eine tiefere Ursache hierfür lag jedoch in Wilders' ablehnender und härterer Haltung gegenüber der Zuwanderung und Integration von (muslimischen) Migranten, die nicht mit der Parteilinie der VVD vereinbar war (Tillie et al. 2016: 57). Bis zu den darauffolgenden Wahlen verblieb Wilders als unabhängiger Abgeordneter im Parlament.

2006: DIE NEUGEGRÜNDETE PVV ZIEHT INS PARLAMENT EIN

2006 nahm Wilders mit seiner Ein-Mann-Partei „Partei für die Freiheit“ (*Partij voor de Vrijheid* (PVV)) an den Wahlen teil (Wilp 2007: 27). Die Partei erlangte neun Mandate und füllte somit die Lücke, die mit dem Ausscheiden der LPF aus der Zweiten Kammer entstanden war (Pellikaan et al. 2018: 242).¹⁰ Bei den nächsten Wahlen 2010 legte die PVV um fünfzehn Sitze auf 24 Mandate zu. Damit wurde sie zum Duldungspartner einer Minderheitsregierung von VVD und CDA und sicherte der Koalition ihre Unterstützung für viele Gesetzesvorhaben zu (Tillie et al. 2016: 58). Die Koalitionsparteien und die PVV legten im sogenannten Duldungsakkord und den dazugehörigen Erklärungen jedoch fest, dass das Politikfeld Migration und Integration von der Kooperation mit der PVV ausgenommen sei. Trotzdem gelang es Wilders, viele seiner migrationspolitischen Themen auf die politische Agenda zu setzen. So diskutierte das Parlament 2011 auf seine Initiative hin die doppelte Staatsbürgerschaft, ein Burkaverbot und das Verbot des Schächstens (Kortmann/Wilp 2015: 305).

¹⁰ Zu den Motiven der Wahlentscheidungen für Wilders und für weitere Informationen zur Parteiorganisation der PVV siehe auch MIDEM 2018: 103-120.

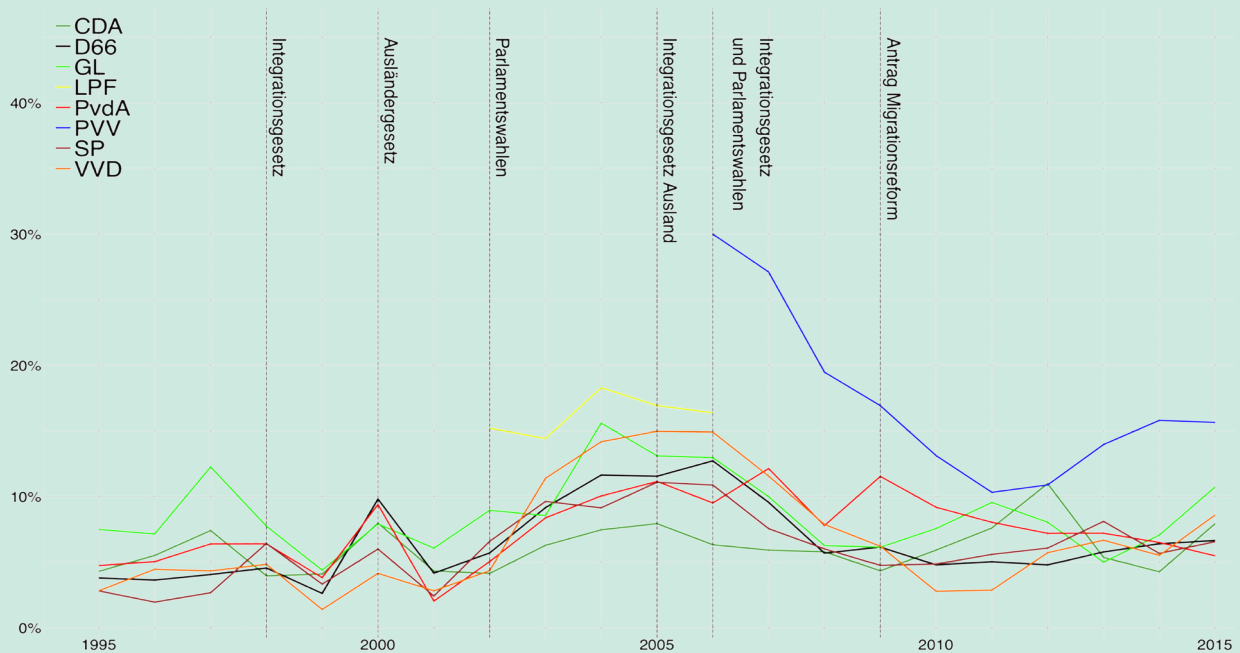
Bereits nach eineinhalb Jahren zerbrach das Bündnis. Nach einem Streit über Haushaltskürzungen und Sparmaßnahmen entzog die PVV der Koalition die Unterstützung. Nach dem Rücktritt der Regierung wurden 2012 Neuwahlen abgehalten. Wilders' PVV konnte nur noch 15 Mandate erringen und ging wieder in die Opposition (Kiesraad 2019). Bei den Wahlen am 15. März 2017 konnte die PVV einige dieser Verluste wieder ausgleichen und 20 Mandate für sich beanspruchen, obwohl Umfragen im Vorfeld der Wahlen vermuten ließen, dass die PVV erstmals die stärkste Kraft in der Zweiten Kammer werden könnte.

PVV ALS DULDUNGSPARTNER UND AGENDASETTER

Bei den Wahlkampfkampagnen und der parlamentarischen Arbeit der PVV liegen die Schwerpunkte bis heute unter anderem auf den Themen Migration und Integration. Zentral ist dabei insbesondere eine Fokussierung auf die von Wilders diagnostizierte „Islamisierung“ der Niederlande (PVV 2017). Für ihn stellt der Islam keine Religion, sondern eine totalitäre und gewaltverherrlichende Ideologie dar. In der Öffentlichkeit provoziert er regelmäßig mit islamfeindlichen Aussagen, in denen er dem Islam die Religionsberechtigung abspricht und ihn darüber hinaus in Verbindung mit Pädophilie und der nationalsozialistischen Ideologie bringt.¹¹ Durch Forderungen wie einem Bauverbot für Moscheen, der Schließung muslimischer Schulen, der Unterbindung von Migration aus muslimischen Ländern oder der Bestrafung von Verstößen gegen diffus definierte ‚niederländische Werte‘ inszeniert sich Wilders als „Verteidiger der (...) niederländischen Identität“ (Kortmann/Wilp 2015: 304). Dieser migrationspolitische Fokus zeigt sich auch darin, dass die Redeanteile der PVV am Themenkomplex Migration im Vergleich zu den anderen Parteien sehr hoch waren (Abb.9).

VON WILDERS PROPAGIERTE „ISLAMISIERUNG“ DER NIEDERLANDE ALS THEMATISCHER SCHWERPUNKT

Abb.9: Relative Redeanteile einzelner Parteien zum Themenkomplex Migration in der Zweiten Kammer¹²



Quelle: Rauh et al. 2017 / Darstellung: Simon Gehlhar

11 In einem Leserbrief in der nationalen Printzeitung Volkskrant zog Wilders 2007 einen Vergleich zwischen dem Koran und Hitlers „Mein Kampf“, da beide Bücher zu Gewalt auffordern würden (Wilders 2007). Als in den niederländischen Medien im Sommer 2009 von einem zehnjährigen Mädchen in Saudi-Arabien berichtet wurde, das nach seiner Flucht aus dem Haus des 80-jährigen Ehemannes zu ihm zurückgebracht wurde, stellte Wilders der zuständigen Ministerin einige Fragen in der Sache. Darin verglich er das Verhalten des Mannes mit dem eines Schweines und verglich den 80-jährigen Ehemann mit dem Propheten Mohammed, der eine Sechsjährige geheiratet habe (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2009a).

12 Die einzelnen in der Grafik genannten Ereignisse sind in Kapitel 5 genauer umschrieben. Lesebeispiel: Bei der PVV hatten im Jahr 2006 30 % der gesprochenen Worte – gemessen an der Gesamtanzahl der gesprochenen Worte von PVV-Abgeordneten desselben Jahres – einen migrationspolitischen Bezug.

SCHWERPUNKTVERSCHIEBUNG HIN ZU EUROPÄISCHER INTEGRATION

2012 verschob sich Wilders' thematischer Schwerpunkt in Richtung der europäischen Integration: Um wieder „der Herr im eigenen Haus zu werden“, forderte Wilders den Austritt der Niederlande aus der EU (PVV 2012: 14). Bis zum Austritt sollten sich die Niederlande gegen die Einführung eines europäischen Stabilitätsmechanismus' positionieren. Außerdem verhindere die EU Wilders zufolge härtere Maßnahmen gegen Zuwanderung und Integrationsverweigerung. Im selben Jahr startete Wilders auch den sogenannten ‚Polenmeldepunkt‘ im Internet. Niederländer hatten auf dieser Internetplattform die Möglichkeit, Probleme mit Migranten aus Mittel- und Osteuropa zu melden (Kortmann/Wilp 2015: 306). Kritik auf nationaler und internationaler Ebene folgte, und die Distanzierung von Ministerpräsident Rutte wurde als nicht eindeutig genug kritisiert. Dem ‚Polenmeldepunkt‘ folgte 2015 ein ‚Meldepunkt Asyl‘, um Ärgernisse mit Asylsuchenden online melden zu können.

VERROHUNG DER PARLAMENTARISCHEN DEBATTENKULTUR

Die Debattenkultur im niederländischen Parlament veränderte sich durch die Anwesenheit von rechtspopulistischen Abgeordneten. Traditionell herrschte dort ein Ton sachlicher Auseinandersetzungen, bei denen Meinungsverschiedenheiten akzeptiert wurden und ein konstruktiver Konsens gesucht wurde. Dies hat sich vor allem bei den Themen Migration und Integration geändert. Statt sachlicher Debatten dominiert hier nun eine regelrechte „Kakophonie“ polarisierender Äußerungen (Tillie et al. 2016: 69). Auch die Umgangsformen, der Ton und der Sprachgebrauch zwischen Politikern wurden zunehmend ruppiger und rauer. Die allgemeine Generaldebatte des Parlaments im September 2011, bei der sich Wilders und Ministerpräsident Rutte geradezu ankeiften, illustriert die neuen Umgangsformen besonders deutlich.¹³

4.3 NEUE KONKURRENZ VON RECHTS

NEUE ERFOLGREICHE PARTEI AM RECHTEN RAND: DAS FORUM FÜR DEMOKRATIE

2016 bekam Geert Wilders' PVV Konkurrenz am rechten Rand des politischen Spektrums. Aus einem Think Tank, der ein Referendum gegen das EU-Ukraine-Assoziationsabkommen mitinitiierte, ging unter Leitung von Thierry Baudet das Forum für Demokratie (FvD) hervor. 2017 nahm das FvD erfolgreich an den Parlamentswahlen teil und gewann zwei Mandate. 2019 konnte das FvD seinen Erfolg weiter ausbauen: Bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten¹⁴ erlangte die Partei aus dem Stand 86 Mandate und verwies damit Ruttess VVD mit 80 Mandaten auf Platz 2 (Kiesraad 2019). Schwerpunkte im Wahlkampf waren die Kritik an der Klimapolitik, die vermeintlich zu liberale Zuwanderungspolitik sowie die niederländische EU-Mitgliedschaft.

Der Erfolg bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten 2019 war auch von nationaler Bedeutung, da die Abgeordneten der Provinzialstaaten die Senatoren der *Eerste Kamer* wählen. Dort verlor die Regierung kurz nach der Wahl ihre bisher hauchdünne Mehrheit. Die Koalition erreichte gemeinsam nur noch 32 Mandate und benötigt in Zukunft Verbündete für ihre Gesetzesvorhaben. Durch den Erfolg bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten gelangten zwölf Senatoren mit FvD-Parteibuch in die *Eerste Kammer*. Damit stellt das FvD genauso viele Senatoren wie die VVD. Dies hat vor allem symbolische Bedeutung und keinen praktischen Nutzen, denn als größte Partei ist das FvD mit etwas unter 15 % in den Provinzen immer noch recht klein (Vliegthart 2019).

13 Wilders holte nach einer Diskussion um die Wortwahl eines PVV-Abgeordneten, der den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan als islamistischen Affen bezeichnet haben soll, gegen Ministerpräsident Rutte aus. Dieser hatte die Wortwahl des Abgeordneten kritisiert. Daraufhin keifte Wilders ihn an: „Reiß dich zusammen, Mann“ („Doe eens normaal, man“). Rutte erwiderte „Reiß Dich zusammen? Reiß Dich selbst zusammen“ (Boon 2011).

14 Die Provinzialstaaten sind die Parlamente der einzelnen Provinzen. Sie wählen die Repräsentanten für die *Eerste Kamer*, einer Art Senat im bikameralen niederländischen Parlament. Da es im niederländischen politischen System keine provinzielle Repräsentation auf nationaler Ebene gibt, vertreten die Senatoren keine regionalen Belange.

In weiten Teilen überschneiden sich die Kernthemen des FvD mit denen der PVV (Rooduijn 2019). Mit Klimaskeptizismus, Europafeindlichkeit und Kritik an Zuwanderung oder auch Nativismus spricht Baudet die klassische PVV-Klientel an (Louwerse 2019; Rooduijn 2018). Mit diesen Themen gelang es dem FvD, Stimmen ehemaliger PVV-Wählerinnen und -Wähler zu gewinnen.

Wie auch die PVV lässt sich das FvD als rechtspopulistisch einordnen. So skizzierte Baudet in einer Rede am 20.3.2019 eine Krise der Gesellschaft. Darin ist von den „Trümmern unserer Zivilisation“ die Rede (Rooduijn 2019). Die Schuldigen seien die bisherigen Eliten, bestehend aus Politikern, Journalisten und Universitäten. Dabei präsentiert sich Baudet als Vertreter des Volkes, das einen Gegensatz zum „Parteienkartell“ bildet - diesen Begriff nutzt Baudet als Bezeichnung für die politische Elite (Margulies 2019). Die Idee einer Elite lehnt er jedoch nicht grundsätzlich ab.

Im Gegensatz zur PVV positioniert sich das FvD wirtschaftlich deutlich weiter rechts und vertritt marktliberale Standpunkte ähnlich wie Pim Fortuyn (Hakhverdian 2019a). Außerdem setzt die Partei nicht so stark auf Islamfeindlichkeit wie Wilders (Harteveld 2019). Dadurch stellt Baudets FvD eine wählbare Alternative für ökonomisch Bessergestellte und die Mittelklasse dar, denen Wilders im Laufe der Zeit wirtschaftspolitisch zu weit nach links gerückt ist (Hakhverdian 2019a). Das FvD verbindet also Elemente des Marktliberalismus mit dem Kulturkonservatismus (Hakhverdian 2019b). Auch im Hinblick auf den Politikstil lassen sich einige Unterschiede zu Wilders feststellen. Während Wilders sich volksnah gibt, pflegt der Parteivorsitzende des FvD, Baudet – ähnlich wie Fortuyn – ein Image als Intellektueller, der auf die „machthabenden Politiker“ herabschaut (Rooduijn 2019). Durch dieses Image spricht Baudet auch Teile der Wählerschaft außerhalb der PVV-Zielgruppe an: Ehemaligen VVD-Wählerinnen und -Wählern und höher Gebildeten erscheint das FvD dadurch als Alternative.

Trotz der marktliberalen Standpunkte und seines Images als Intellektueller gibt es wichtige Unterschiede zwischen Fortuyn und Baudet. Gerade beim Thema Zuwanderung wirken die Sprache und die Standpunkte des FvD deutlich radikaler (Hakhverdian 2019a): Während Fortuyn bei seiner Islamkritik stets an liberal-demokratische Werte anknüpfte, ist die Zuwanderungskritik des FvD ethno-nationalistisch aufgeladen. So spricht Baudet beispielsweise von einer „homöopathischen Verdünnung des Volkes“ (NPO Radio 1). Im Gegensatz zu Fortuyn distanziert sich Baudet also nicht von rechtsextremen und offen rassistischen Standpunkten (Hakhverdian 2019b). So spricht Baudet beispielsweise von der „borealen Welt“¹⁵, was in bestimmten Kreisen als Euphemismus für „arisch“ gilt, und bedient damit den extremistischen Flügel der Partei (Rooduijn 2019).

5. REGIERUNGSHANDELN IN ZEITEN DER POLARISIERUNG

Die politische und gesellschaftliche Debatte um Zuwanderung und Integration spiegelt sich auch im Regierungshandeln, in den politischen Maßnahmen und Gesetzen, die das politisch-administrative System dazu diskutierte und verabschiedete. So waren politische Maßnahmen seit der Jahrtausendwende oft auf Regulation, also die Normierung individuellen Verhaltens, ausgerichtet und verschärften die bisherige Gesetzeslage bzw. erhöhten die Selektion. Beispiele aus den Bereichen Asyl, Integration und Arbeitsmigration illustrieren, wie die Regierung als Akteur versuchte, auf die Entwicklungen seit der Jahrtausendwende zu reagieren.

**ÄHNLICHE KERNTHEMEN
WIE WILDERS' PVV:
KLIMASKEPTIZISMUS, EUROPA-
FEINDLICHKEIT UND
ZUWANDERUNGSSKEPSIS**

**MARKTLIBERALISMUS UND
KULTURKONSERVATISMUS**

**IMAGE EINES INTELLEKTUELLEN
ERSCHLIESST WEITERE WÄHLER-
GRUPPEN**

¹⁵ Der Begriff „boreal“ verweist im politischen Kontext auf einen Gründungsmythos ultrarechter, europäischer Bewegungen, nämlich die „arische“ Herkunft des indoeuropäischen Volkes, also der vermeintlichen Vorfahren der heutigen weißen Europäer. Die Bedeutung geht auf Denker wie den italienischen Faschisten Julius Evola und den französischen Antimodernisten René Guénon zurück und wird von Rechts-extremen wie dem Front-National-Gründer Jean-Marie Le Pen häufig als Codewort für „Rassenreinheit“ verwendet (Kruk 2018). Baudet wurde heftig für den Gebrauch dieses Begriffs kritisiert. In einem Interview reagierte er, dass „boreal“ für Europa bzw. die westliche Welt stehe und er den Terminus mit dieser Bedeutung als „poetische Andeutung auf die westliche Welt“ verwendet habe (van der Aa 2019).

Abb. 11: Übersicht der von der Determinants of International Migration-Datenbank (DEMIG) als einschneidend bezeichnete Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene (EU-Verträge sind nicht aufgeführt)



5.1 ASYL: ABSCHIEBUNG UND DIE GRENZEN DER STAATLICHEN VERANTWORTUNG

Bereits 2000 verabschiedete das Parlament das sogenannte *Wet Cohen*, welches die verschiedenen Formen des Aufenthaltsstatus neu regelte und den Unterschied zwischen Asyl und regulärem Aufenthalt deutlicher machte. In diesem Gesetz, das 2001 in Kraft trat, wurde der Asylstatus erstmals auf fünf Jahre beschränkt (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2000). 2010 trat eine Gesetzesänderung (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2009b; c) in Kraft, die das Asylverfahren effizienter gestalten sollte. Dazu wird die Erstbeurteilung von 48 Prozessstunden (umgerechnet fünf bis sechs Tage), auf acht Bearbeitungstage verlängert und zusätzlich eine sogenannte Vorbereitungsphase eingeführt (INDIAC 2009; 2010). Diese Vorbereitungsphase soll sechs Tage dauern, damit Asylsuchende zur Ruhe kommen und sich auf das Verfahren vorbereiten können. Danach folgt das allgemeine Asylverfahren im Anmeldezentrum. Die Sozialistische Partei, die PvdA, GroenLinks, D66, die Tierpartei, die ChristenUnion, die Reformierte Politische Partei und der CDA votierten für diese Änderung. Trotz der Verlängerung des Verfahrens besitzen die Niederlande — zumindest auf dem Papier — das kürzeste Asylverfahren in der EU.

ÄNDERUNG DES ASYLVERFAHRENS

Bis 2013 traten schrittweise weitere Veränderungen, hauptsächlich Verschärfungen, im Bereich des Asylrechts in Kraft (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2011a; INDIAC 2012): Die Beweislast liegt zunehmend beim Antragssteller, Asyl und andere humanitäre Gründe für den Aufenthalt werden gleichzeitig beurteilt. Seit März 2016 gilt das *Multi-Track*-Verfahren (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2016; Seiffert/Wörmann 2017). Asylanträge werden dabei zur Effizienzsteigerung in fünf Kategorien unterteilt: das

reguläre Verfahren, das Dublin-Verfahren, das beschleunigte Verfahren für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten und zwei weitere beschleunigte Verfahren. Antragsstellern, die sich in Untersuchungshaft befinden oder in Aufnahmeunterkünften konsequent und massiv gegen Regeln verstoßen, wird die Ruhe- und Vorbereitungszeit seit 2017 gestrichen (Bleichrodt et al. 2018). Asylsuchende, die wiederholt Regeln verletzen, werden seit 2017 in zwei besonderen Unterkünften mit strengerer Aufsicht untergebracht. 2018 gab es hingegen für LGBTI-Asylsuchende und Konvertiten Erleichterungen: Durch Änderungen der Interviews und die Frage nach den eigenen Erfahrungen soll es für sie einfacher werden, ihre Geschichte während der Anhörung glaubhaft zu erzählen.

Im Bereich Asyl waren vor allem die Abschiebung von Jugendlichen und die Abschiebehaft kontrovers diskutierte Themen (INDIAC 2009: 49). So erklärte die Regierung 2008 nach wiederholter Kritik von NGOs wie Amnesty International, dass man an der Abschiebehaft als letztes Mittel festhalte (Albayrak 2008). Bei der Abschiebehaft solle der besondere Charakter im Vergleich zum Strafvollzug zum Ausdruck kommen und diese Art der Unterbringung im Regelfall sechs Monate nicht überschreiten. Erst 2016 setzte ein Urteil des höchsten niederländischen Richters der Abschiebehaft gewisse Grenzen, die ab Oktober 2017 in neuen Regelungen berücksichtigt werden: In vielen Fällen fehlte bisher eine stichhaltige Begründung, warum ein abgewiesener Asylsuchender in Abschiebehaft genommen wird, hier müssten die Behörden nachvollziehbarer argumentieren (Bleichrodt et al. 2018).

Die Fälle *Mauro* und *Sahar*, zwei Jugendliche, deren Asylgesuch abgelehnt worden waren und die in ihre Heimatstaaten Angola beziehungsweise Afghanistan abgeschoben werden sollten, entzündeten im Jahr 2011 eine Debatte in Öffentlichkeit und Politik (INDIAC 2012: 18-19). Die Arbeiterpartei PvdA und die ChristenUnion starteten eine Initiative zur Änderung des Ausländerrechts (*Vreemdelingenwet*) zugunsten einer Verbesserung der Position von in den Niederlanden verwurzelten minderjährigen Asylsuchenden (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2011b). Zeitgleich initiierten GroenLinks und viele Prominente eine Petition für diesen sogenannten *Kinderpardon*, um dem Initiativgesetz Nachdruck zu verleihen. Kern der Diskussion war die Gegebenheit, dass die Asylprozedur mitunter so viel Zeit in Anspruch nimmt, dass die Kinder inzwischen in den Niederlanden integriert und verwurzelt sind. Unter bestimmten Umständen soll es diesen Kindern (und deren Eltern) möglich sein, trotz des abgewiesenen Asylantrags eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. So erklärte der Minister für Migration und Asyl, dass man „verwestlichte“ Mädchen nicht nach Afghanistan ausweisen könne (Leers 2011). 2013 trat eine endgültige Regelung hierzu in Kraft, die trotz vieler Diskussionen erst 2019 geändert wurde (siehe Informationskasten).

FESTHALTEN AN DER ABSCHIEBEHAFT TROTZ INTERNATIONALER KRITIK

„KINDERPARDON“: ERLEICHTERUNGEN FÜR INTEGRIERTE KINDER UND JUGENDLICHE

INFOBOX – Der *Kinderpardon* und der Fall *Lili und Howick*

2013 führte das Kabinett den sogenannten *Kinderpardon* ein. Durch diese Regelung konnten Kinder von Asylsuchenden eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, auch wenn der Asylantrag der Familie abgewiesen wurde. Voraussetzung war, dass die Kinder länger als fünf Jahre ununterbrochen in den Niederlanden lebten. Von den 740 Kindern, deren Antrag auf *Kinderpardon* erfolgreich war, stellten die meisten 2013 ihren Antrag (NOS 2018a). Diese Regelung wurde nach drei Monaten durch eine definitive und verschärfte Form ersetzt mit der Erwartung, dass sich durch schnellere Entscheidungen in Asylverfahren und Abschiebungen keine weiteren Kinder in den Niederlanden integrieren würden (NOS 2019a). Umstritten war insbesondere das neu eingeführte sogenannte Mitwirkungskriterium, das besagt, dass Kinder und deren Eltern aktiv an der Rückkehr in ihr Heimatland mitgewirkt haben müssen, um einen Aufenthaltsstatus zu erhalten.

2018 gelangte der *Kinderpardon* wieder in die Schlagzeilen. Die Jugendlichen *Lili und Howick* sollten in das Herkunftsland ihrer Mutter, Armenien, abgeschoben werden (NOS 2018b). Beide lebten seit dem Kleinkindalter in den Niederlanden und haben nie in Armenien gelebt. Im Spätsommer urteilte ein Richter im letzten Berufungsverfahren, dass die Abschiebung rechtmäßig sei. Daraufhin flüchteten die beiden Jugendlichen am Abend vor der Abschiebung aus ihrer Pflegefamilie (die Mutter befand sich bereits in Armenien). Am Tag der Abschiebung gewährte der Staatssekretär für Justiz und Sicherheit Mark Harbers (VVD) den beiden auf Basis seines Ermessensspielraumes doch eine Aufenthaltsgenehmigung. Wegen Bedrohungen gegen seine Person musste Harbers danach kurzzeitig untertauchen.

Zeitgleich startete der Dokumentarfilmer Tim Hoffmann eine Petition zur Erweiterung des *Kinderpardon*s. Diese Initiative wurde von einigen Oppositionsparteien des linken Spektrums begrüßt; auf Seite der Regierungsparteien betonte vor allem die VVD, dass der Koalitionsvertrag eine Erweiterung nicht vorsehe (NOS 2018c).

Im Januar 2019 erklärte neben D66 und der ChristenUnion, die schon länger für eine Erweiterung plädierten, auch der Christlich-Demokratische Aufruf seine Unterstützung für ein solches Vorhaben (NOS 2019b). Grund dafür waren unter anderem die Resultate einer neuen wissenschaftlichen Übersichtsstudie, die auf stressbedingte Gesundheitsschäden der betroffenen Kinder hinwies (Scherder/van Os/Zijlstra 2018). Die VVD wollte der Erweiterung zunächst nicht zustimmen, was zu einer Krise zwischen den Regierungsparteien führte. Am 29. Januar 2019 entschieden die Vertreter der Koalitionsparteien, dass 700 Anträge erneut geprüft werden sollen (NOS 2019c). 90 % dieser Anträge haben eine Aussicht auf Genehmigung. Zusätzlich soll der Ermessensspielraum des zuständigen Staatssekretärs auf den Direktor des Immigrations- und Naturalisierungsdienstes übertragen werden, um den Druck aus der Politik zu nehmen. Als Zugeständnis an die VVD sollte der *Kinderpardon* nach der Neubeurteilung älterer Fälle vollständig abgeschafft werden. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zur Verkürzung von Asylverfahren ergriffen werden, damit sich keine weiteren Kinder ohne realistische Bleibeperspektive in den Niederlanden integrieren.

Ab 2010 kam es zu Kontroversen und Prozessen, da Asylsuchende, deren Antrag abgewiesen wurde, häufig in die Obdachlosigkeit gerieten. Für die Zeit zwischen der Ablehnung des Antrags und der Ausreise existierte nur ein Wohnrecht in Aufangunterkünften unterschiedlicher Art, das an die aktive Mitarbeit an der Ausreise gebunden war. Wird die Mitarbeit verweigert, so bedeutet dies Obdachlosigkeit. Der Staat sah sich laut Justizminister Ivo Opstelten in solchen Fällen nicht unbegrenzt in der Verantwortung (INDIAC 2011: 42). Nach einem Urteil des Gerichtshofes in Den Haag versprach der Minister jedoch, dass Familien, deren Abschiebung sich verzögert, in Aufangunterkünften verbleiben können, um Obdachlosigkeit bei minderjährigen Kindern zu vermeiden (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2010a).

2014/2015 urteilte der Europäische Ausschuss für soziale Rechte des Europarates, dass die Niederlande verpflichtet seien, abgewiesenen und ausreisepflichtigen Asylsuchenden mindestens ein Dach über dem Kopf, Kleidung und Essen zur Verfügung zu stellen (Council of Europe 2015). Während die PvdA befand, dass Abgewiesenen Schutz, Kleidung und Essen zukommen sollte, wollte die VVD dies von der Kooperation bei der Ausreise abhängig machen. Im November 2015 urteilte der *Raad van State*¹⁶, dass nicht mitwirkenden Ausreisepflichtigen die Unterstützung verweigert werden darf (Seiffert/Wörmann 2016: 49-50).

¹⁶ Der unabhängige Raad van State berät die Regierung in Fragen der Gesetzgebung. Mitglieder des Königshauses und vom König berufene Mitglieder mit politischer, geschäftlicher, diplomatischer oder militärischer Erfahrung nehmen in diesem Verfassungsorgan Platz. Gleichzeitig dient die Abteilung des Verwaltungsrechts als höchstes Rechtsmittelgericht, vor das Bürgerinnen und Bürger gegen Entscheidungen der Exekutive ziehen können.

Dieser Konflikt sorgte für eine handfeste Kabinettskrise, und die Regierungskoalition zerbrach beinahe wegen dieser Streitfrage (Seiffert/Wörmann 2016: 14). Letztendlich endete der Konflikt mit dem *Bed, Bad, Brood*-Kompromiss (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2015). Dieser Kompromiss hat folgende Inhalte: Die fünf großen Gemeinden Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Utrecht und Eindhoven bieten abgewiesenen Asylsuchenden für einige Wochen eine Unterkunft. Kooperiert die betreffende Person danach nicht bei der Ausreise, endet sie in der Obdachlosigkeit. Bei Kooperation gibt es die Möglichkeit, in die freiheitseinschränkende Einrichtung (*vrijheidsbeperkende locatie*) in Ter Apel verlegt zu werden, um aktiv an der Rückkehr zu arbeiten. Nach der Einigung auf diesen Kompromiss stand der Prozess der Umsetzung für lange Zeit still (Seiffert/Wörmann 2016: 50). An der Praxis änderte sich *de facto* wenig.

5.2 INTEGRATION: INBURGERING ALS VERPFLICHTUNG

1998 verabschiedete das Parlament ein Integrationsgesetz, das sogenannte *Wet Inburgering Nieuwkomers*. Dieses Gesetz verpflichtete Neuzugewanderte aus Drittstaaten, aber auch bereits in den Niederlanden lebende Drittstaatenangehörige zur Teilnahme an einem Integrationskurs, dem sogenannten *Inburgeringscursus*, der ihnen die aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen soll (Tweede Kamer der Staten-Generaal 1998). Dieser Kurs umfasste 600 Unterrichtsstunden und die Teilbereiche Sprache, Gesellschaftskunde sowie eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Da die Regierung diese Kurse finanzierte und die Kommunen mit der Organisation beauftragt waren, lässt sich in diesem Fall von einer Politik sprechen, die Ressourcen neu verteilt (Joppke 2007). Eine maßregelnde Komponente bildeten die Bußgelder für die Verletzung der Teilnahmepflicht, die jedoch relativ niedrig waren und nur selten von den Kommunen vollstreckt wurden. Ab 2003 verschob sich der inhaltliche Schwerpunkt der Integrationspolitik von Emanzipation und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auf die Vermittlung niederländischer Werte und Normen (Kortmann/Wilp 2015: 301).

2003 nahm sich die Ministerin für Ausländerangelegenheiten und Integration Rita Verdonk (VVD), deren Aufgabenbereich nach den Wahlen im Jahr 2002 geschaffen worden war, vor, die seit 1998 bestehende Integrationsgesetzgebung zu ändern (Snel et al. 2005: 6-7). 2007 traten mit dem neuen Integrationsgesetz, dem sogenannten *Wet Inburgering*, welches in Grundzügen bis heute gilt, die folgenden Maßnahmen in Kraft (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2006a; EMN 2008: 40): Von nun an müssen Migranten die Teilnahme am Kurs selbst finanzieren; private Organisationen sind mit der Durchführung der Kurse beauftragt; der Staat ist lediglich für das Examen am Ende des Kurses verantwortlich. Dieses Examen ist verpflichtend für Drittstaatenangehörige zwischen 18 und 65 Jahren. Besteht ein Zugewanderter den Test nicht innerhalb der ersten dreieinhalb Jahre seines Aufenthalts in den Niederlanden, soll die betreffende Person keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten.¹⁷ Diese Kopplung von Einbürgerungskurs und der Gewährung des unbefristeten Aufenthalts trat nach einigen Problemen in der praktischen Umsetzung des Gesetzes erst 2010 in Kraft.

Die Debatten und Diskussionen im Parlament zu diesem Gesetz und seiner Verabschiedung im Jahr 2006 befassten sich vor allem mit der juristischen Frage, welche Regelungen auf Basis des Grundgesetzes und auf Basis von internationalen Verträgen zulässig sind (EMN 2006: 16). So gab es beispielsweise Überlegungen, ob und welche Gruppen bereits eingebürgerter Niederländerinnen und Niederländer mit Migrationshintergrund nachträglich zum Test

REGIERUNGSKRISE AUFGRUND DER UNTERBRINGUNG ABGIEWESENER ASYL-SUCHENDER UND *BED, BAD, BROOD*-KOMPROMISS

INTEGRATIONSGESETZ ZUR GESELLSCHAFTLICHEN TEILHABE

2000ER JAHRE: VERSCHIEBUNG DES SCHWERPUNKTES AUF WERTEVERMITTLUNG

NEUES INTEGRATIONSGESETZ MIT MEHR EIGENVERANTWORTUNG FÜR MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN

¹⁷ Bei Fällen, in denen die Aufenthaltsgenehmigung nicht entzogen werden kann, drohen Bußgelder.

ANFÄNGLICHE EINIGKEIT UNTER DEN PARTEIEN UND SUKZESSIVE VERSCHÄRFUNGEN

verpflichtet werden können. Dieses Vorhaben stufte der *Raad van State*¹⁸ jedoch als Diskriminierung ein, die nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei (EMN 2007). Währenddessen regte sich auf gesellschaftlicher Ebene neben Zustimmung auch Protest: So unterzeichneten beispielsweise 18 Professoren ein Schreiben an das Parlament, in dem auf die besondere Härte des Gesetzes und die Nachteile für Zuwanderer mit niedrigem Bildungsgrad hingewiesen wurde.

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des neuen Integrationsgesetzes verschärfte das Parlament auf Initiative von Innenminister Piet Hein Donner das Gesetz zum 01.01.2013 (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2011 c): Nun müssen Zugewanderte beispielsweise den Test innerhalb von drei Jahren bestehen und gelten schärfere Sanktionen bei Nichterfüllung der Vorgaben. Seit 2013 hat die Regierung die Komponenten des Integrationstests sukzessive um weitere Sprachkomponenten und eine Orientierung auf dem Arbeitsmarkt¹⁹ erweitert. Seit 2017 muss eine Partizipationserklärung zur Mitwirkung an der Gesellschaft und Akzeptanz niederländischer Werte und Normen unterzeichnet werden. Bei der Integration von Asylsuchenden zeichnete sich 2017 außerdem eine Schwerpunktverschiebung ab: Zum einen sollen Kinder von Asylsuchenden schnell ins niederländische Bildungssystem integriert werden. Zum anderen sollen die Kommunen erwachsene Asylsuchende bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen (Bleichrodt et al. 2018).

AB 2006 ERSCHWERTE FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNGEN

Bereits 2006 beschloss das Parlament außerdem ein Gesetz zur Integration im Ausland, das *Wet Inburgering Nieuwkomers Buitenland* (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2006b). Dieses Gesetz verpflichtet im Fall einer Familienzusammenführung die Betroffenen bereits zu einem Test in der zuständigen niederländischen Auslandsvertretung, bevor diese ein Einreisevisum erteilt (Joppke 2007). Einen Vorbereitungskurs auf den Test gibt es nicht. Dadurch ist der Test weniger eine integrationspolitische Maßnahme als ein migrationspolitisches Mittel, um ungewünschte Zuwanderung zu verhindern. Bis auf GroenLinks unterstützten alle Parteien diese Initiative, und die Debatte beschränkte sich größtenteils auf den Schwierigkeitsgrad und den Umfang des Tests.

Es lässt sich also festhalten, dass sich die Logik der niederländischen Integrationspolitik verändert hat: Während früher die Auffassung vorherrschte, Aufenthaltsstatus und Rechtssicherheit dienten als Voraussetzung für erfolgreiche Integration, hat sich nun die Ansicht durchgesetzt, fehlende Integration sei ein Grund, den dauerhaften Aufenthaltsstatus zu verweigern bzw. die Zuwanderung in die Niederlande nicht zu genehmigen (Kortmann/Wilp 2015: 301). Dabei befindet sich der niederländische Staat in einem „paradoxical double move of withdrawal from and increased presence in the integration process“ (Joppke 2007: 7).

5.3 ARBEITSMIGRATION: EINE FRAGE DER QUALIFIKATION

ERLEICHTERUNGEN FÜR BERUFLICH UND WISSENSCHAFTLICH HOCHQUALIFIZIERTE

Während die Debatte zur Zuwanderung und Integration von insbesondere muslimischen Migranten in vollem Gange war, änderte die Regierung die Bestimmungen im Bereich Arbeitsmigration zugunsten qualifizierter und hochqualifizierter Zuwanderer. Schon 2004 erleichterte es die Regierung Hochqualifizierten, den sogenannten *Kennismigranten*²⁰, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen (EMN 2006: 29-30). Damit wollte die Regierung Betrieben und der Wirtschaft entgegenkommen.

18 Siehe Fußnote 16.

19 2018 wurden einige Zugewanderte unter bestimmten Voraussetzungen vom mündlichen Test zur Orientierung auf dem Arbeitsmarkt befreit, da es aufgrund von Kapazitätsproblemen zu sehr langen Wartezeiten gekommen war (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2018).

20 Ein *Kennismigrant* ist ein Zuwanderer, der eine Arbeitserlaubnis wegen bestimmten technischen oder wissenschaftlichen Kenntnissen erhält.

Zeitgleich verschärfte die Regierung ihren Kurs im Hinblick auf andere Formen der Migration. Beispielsweise müssen Migranten, aber auch niederländische Staatsbürger mit ausländischen Partnern 120 % des Mindestlohnneinkommens verdienen und für ihre Familie sorgen können, um einen Partner aus dem Ausland nachholen zu können (Leerkes/Kulu-Glasgow 2010: 324). Auf diese Art und Weise sollten chancenarme Migranten gar nicht erst die Möglichkeit bekommen, in die Niederlande einzuwandern. Diese Initiative fand Unterstützung innerhalb der liberalen VVD, dem CDA und der LPF. D66 stimmte mit Einschränkungen zu, GroenLinks, die Arbeiterpartei PvdA, die Sozialistische Partei und die ChristenUnion votierten dagegen und stellten die Proportionalität und die Effektivität der Maßnahmen in Frage. 2016 griff der oberste Gerichtshof die Kritik auf und urteilte, dass die bisherigen Regeln für in einem befristeten Arbeitsverhältnis beschäftigte Zugewanderte zu streng seien und den Familiennachzug unnötig lang einschränkten (Bleichrodt et al. 2018). 2017 reagierte der Staatssekretär für Justiz und Sicherheit mit einer Anpassung: Statt rückblickend auf die Einkünfte von drei Jahren wird nur noch auf das letzte Jahr geschaut; vorausblickend nur noch auf sechs Monate statt zwölf.

ERSCHWERUNG VON FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNGEN

Von 2008 bis 2013 vereinfachte die Regierung das Regelwerk zur regulären Zuwanderung sukzessive, bis 2013 das Gesetz zur ‚Modernen Migrationspolitik‘ in Kraft trat (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2010b): Arbeitgeber, Bildungseinrichtungen oder Familienmitglieder können als Bürgen auftreten und einen Residenzanspruch für den Migranten stellen. Die Bürgen dienen den Ausländerbehörden als Ansprechpartner und teilen diesen Behörden die erfragten Informationen zum Zugewanderten mit. Das Gesetz soll die Zuwanderung von Fachkräften erleichtern und gleichzeitig chancenarme Migranten abwehren.

MODERNE MIGRATIONSPOLITIK MIT VEREINFACHUNGEN

Im selben Zeitraum verschärfte die Regierung ihre *policy* im Hinblick auf Arbeitsgenehmigungen. So kann eine Arbeitsgenehmigung für Zugewanderte aus Drittstaaten ab Juli 2011 nur in Ausnahmefällen gewährt werden, um den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen. 2014 traten weitere Verschärfungen in Kraft, die bereits 2012 diskutiert wurden (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2013): Das Gesetzespaket verschärfte die erforderliche inländische und europäische Arbeitsmarktprüfung vor der Einstellung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten. Außerdem stellen Behörden die Arbeitsgenehmigung nur noch für ein Jahr aus – eine Verlängerung ist nicht möglich, stattdessen muss die zugewanderte Person eine neue Genehmigung beantragen.

VERSCHÄRFTER BEDINGUNGEN FÜR DIE ARBEITSERLAUBNIS

Ab 2014 kochte nach einer Empfehlung des sozial-ökonomischen Rats²¹ die Debatte wieder hoch, beruflich hochqualifizierte Migranten ins Land zu holen (Sociaal Economische Raad 2014). Daraufhin setzte die Regierung die Zusammenarbeit mit den sogenannten *Expazentren* fort, die hochqualifizierte Zugewanderte bei administrativen Herausforderungen unterstützen (van der Helm/Brouwer 2015: 13). 2015 gab es zudem Visumserleichterungen für Hochqualifizierte, wie beispielsweise Wissenschaftler und Studierende. Außerdem dürfen ab 2016 neben Alumni niederländischer Hochschulen auch Graduierte internationaler Topuniversitäten ein Orientierungsjahr in Anspruch nehmen, um Arbeit in den Niederlanden zu finden (Seiffert/Wörmann 2017: 15). Der Zeitraum der Inanspruchnahme des Orientierungsjahres wurde erweitert: Statt im ersten Jahr nach dem Abschluss haben Alumni bis zu drei Jahre Zeit, das Orientierungsjahr in Anspruch zu nehmen. 2017 gab es noch einmal Erleichterungen für Studierende, Wissenschaftler sowie

21 Der Sociaal Economische Raad ist ein unabhängiges Beratungsorgan der Regierung und des Parlamentes. In diesem Rat nehmen unter anderem Unternehmer, Arbeitnehmer und unabhängige Experten Platz. Der Rat spricht gefragt und ungefragt Empfehlungen zu den groben Linien der sozialökonomischen Politik aus. Die Empfehlungen sind öffentlich verfügbar und wiegen in politischen Verhandlungen schwer.

Hochqualifizierte, die zusätzlich zu der Beschäftigung, die den Aufenthalt in den Niederlanden ermöglicht hat, auch Nebenbeschäftigungen als Selbstständige ausüben dürfen (Bleichrodt et al. 2018).

Insgesamt nehmen die Regeln im Bereich Arbeitsmigration klassische Verteilungskonflikte auf, beispielsweise bei der Überprüfung des prioritären Angebots inländischer Arbeitnehmer vor dem Erteilen der Arbeitserlaubnis für Migranten. Die Gesetzgebung trägt zusätzlich verstärkt selektive und restriktive Züge, da sie beruflich Hochqualifizierte und Akademiker bevorzugt behandelt und gleichzeitig chancenarmen Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt.

6. AUSBLICK

Insgesamt machen die Entwicklungen deutlich, dass der Multikulturalismus in den Niederlanden der Vergangenheit angehört. Die niederländische Politik wird dem vielfach gezeichneten Bild eines überaus toleranten und multikulturellen Landes seit Anfang des neuen Jahrtausends nicht mehr gerecht. Kurzum: Schon vor dem rapiden Anstieg der Fluchtbewegungen nach Europa im Jahr 2015 hatten niederländische Regierungen die Zuwanderungspolitik in vielen Bereichen verschärft, wofür sie von internationalen Organisationen kritisiert wurden.

Der Koalitionsvertrag zwischen VVD, CDA, D66 und ChristenUnion von 2017 gibt einen Ausblick auf die Ausgestaltung der Migrations- und Integrationspolitik in der näheren Zukunft. Zu den Eckpunkten gehören einige Verschärfungen wie die Gewährung des Asylstatus für zunächst drei anstatt für fünf Jahre und das Anheben der Anforderungen an das Sprachniveau im Bereich Integration (VVD/CDA/D66/ChristenUnion 2017). Die im Frühjahr 2018 verabschiedete *integrale Migrationsagenda* unterstreicht diese Vorhaben noch einmal und schlägt konkrete Vorhaben zur Umsetzung des Koalitionsvertrages vor, wie zum Beispiel die Schaffung von Anreizen zur freiwilligen Rückkehr (Harbers et al. 2018). Der Koalitionsvertrag und die *integrale Migrationsagenda* zeigen, dass die Regierung gewillt ist, den bisherigen überwiegend restriktiven Kurs fortzusetzen.

Trotzdem steht die Regierung unter Druck: So trat der Staatssekretär für Zuwanderung Mark Harbers am 21.5.2019 nach der Veröffentlichung eines umstrittenen Berichts zur Flüchtlingskriminalität zurück. In einer Top 10 der häufigsten Delikte in der Asylbewerberkriminalität wurden schwere Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung oder Kindesmissbrauch in der Kategorie „Sonstige“ verzeichnet (NOS 2019e). Harbers wurde sogar vorgeworfen, die schweren Delikte vorsätzlich verschleiert zu haben. Der Vorfall verdeutlicht die hohe Sensibilität der Öffentlichkeit in migrations- und integrationspolitischen Fragen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament blieb das Schreckensszenario für viele Parteien aus: Die VVD spürte zwar die Konkurrenz am rechten Rand durch das FvD, konnte letztendlich aber sogar ein Mandat hinzugewinnen (Kiesraad 2019). Das FvD erreichte mit drei Mandaten nicht den prognostizierten Erfolg. Bitter ging es hingegen für die PVV aus, die vollständig aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden ist und darauf hoffen muss, nach einem ‚Brexit‘ eines der neu zu verteilenden Mandate zu erhalten.

Auch international steht die niederländische Regierung unter Druck, denn einige Schiffe privater Seenotretter fahren unter niederländischer Flagge. Dadurch sehen andere Regierungen – allen voran die italienische – die Niederlande in der Verantwortung, für die aufgenommenen Flüchtlinge zu sorgen (NOS 2019d). Obwohl die niederländische Regierung sich hier nicht verantwortlich fühlt, hat sie versucht, strengere, jedoch öffentlich umstrittene Sicherheitsauflagen für Schiffe unter niederländischer Flagge einzuführen.

LITERATUUR

- Aarts, Kees/van der Kolk, Henk/Kamp, M. 1998: Nationaal Kiezersonderzoek 1998; verfügbar unter: https://www.nkodata.nl/study_units/view/1 (letzter Zugriff: 24.07.2018).
- Albayrak, N. 2008: BRIEF VAN DE STAATSSECRETARIS VAN JUSTITIE, Kamerstukken 19 637 (1222); Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.
- Andeweg, Rudy B./Irwin, Galen A. 2009: Governance and Politics of the Netherlands; Palgrave Macmillan, Basingstoke.
- Beelen, Hans 2001: Toleranz gegenüber Fremden, eine Diskussion vor dem Hintergrund der niederländischen Migrationsgeschichte; in: Vogel, Dita (Hg.) 2003: Einwanderungsland Niederlande – Politik und Kultur; IKO-Verlag, Frankfurt, London, S. 59-81.
- Berndt, Uwe 2001: Niederlande: Trend zur obligatorischen Integration, in: Bade, Klaus J. (Hg.) 2001: Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts; Beiträge der Akademie für Migration und Integration (4); Universitätsverlag Rasch, Osnabrück.
- Bleichrodt, Stijn/van der Laan, Nico/an der Linden, Hanna/Mulder, Amber/Wörmann, Henrika 2018: BELEIDSOVERZICHT 2017, Migratie en asiel in Nederland; Europees Migratienetwerk.
- Blok, Stef 2004: Onderzoek Integratiebeleid Eindrapport, Tweede Kamer, vergaderjaar 2003–2004, 28 689, nrs. 8–9; Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.
- Böcker, Anita/Groenendijk, Kees 2004: Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande, Tolerant, liberal und offen?; in: Wielenga, Friso/ Taute, Ilona 2004: Länderbericht Niederlande; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 303-361.
- Boon, Lex 2011: Wilders tegen Rutte: doe eens normaal man; NRC Handelsblad; verfügbar unter: <https://www.nrc.nl/nieuws/2011/09/22/wilders-tegen-rutte-doe-eens-normaal-man-a1452582> (letzter Zugriff: 24.07.2018).
- Bovens, Mark/Bokhorst, Meike/Jennissen, Roel/Engbersen, Godfried 2016: Migratie en classificatie: naar een meervoudig migratie-idioom; Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid, Den Haag.
- Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) 2016: Bevolking naar migratieachtergrond; verfügbar unter: <https://www.cbs.nl/nl-nl/achtergrond/2016/47/bevolking-naar-migratieachtergrond> (Letzter Zugriff: 27.06.2018).
- Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) 2018a: B evolking: generatie, geslacht, leeftijd en migratieachtergrond, 1 januari; verfügbar unter: <https://opendata.cbs.nl/statline/#/CBS/nl/dataset/37325/table?ts=1535092410168> (letzter Zugriff: 27.06.2018).
- Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) 2018b: Asielverzoeken en nareizigers; nationaliteit, geslacht en leeftijd; verfügbar unter: <https://opendata.cbs.nl/statline/#/CBS/nl/dataset/83102NED/table?ts=1538459868301> (letzter Zugriff: 27.06.2018).
- Council of Europe 2015: Resolution CM/ResChS(2015)5; verfügbar unter: https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=09000016805c40be (Letzter Zugriff: 02.07.2018)
- Dekker, Paul/den Ridder, Josje 2013: Burgerperspectieven 2013-3; Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- Dekker, Paul/den Ridder, Josje 2014: Burgerperspectieven 2014-1; Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- Dekker, Paul 2015: Gesellschaftliche Stimmungen im Wandel; in: Wielenga, Friso/Wilp, Markus (Hg.) 2015: Die Niederlande, ein Länderbericht; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 218-248.
- Dekker, Paul/an Dijk, Rozemarijn/an Houwelingen, Pepijn/Mensink, Wouter/Sol, Yvette 2015: Burgerperspectieven 2015-4; Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- Dekker, Paul/Den Ridder, Josje 2015: De publieke opinie; in: Bijl, Rob/Boelhouwer, Jeroen/Pommer, Evert/Andriessen, Iris: De sociale staat van Nederland 2015, Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- DEMIG 2015: DEMIG Policy Database the Netherlands, version 1.3, Online Edition; International Migration Institute, Oxford; verfügbar unter: www.migrationdeterminants.eu (Letzter Zugriff: 26.2.2019).
- Den Ridder, Josje/den Draak, Maaïke/van Houwelingen, Pepijn/Dekker, Paul 2014: Burgerperspectieven 2014/4; Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- Den Ridder, Josje/Mensink, Wouter/Dekker, Paul/Schrijver, Esther 2016: Burgerperspectieven 2016/2; Sociaal en Cultureel Planbureau, Den Haag.
- De Zwart, Frank 2011: Het systeem van etnische categorieën in Nederland, Onbedoelde gevolgen van institutionalisering; Migrantenstudies 27 (1), S. 2-21.
- Duyvendak, Jan Willem/Scholten, Peter 2010: The Invention of the Dutch Multicultural Model and its Effects on Integration Discourses in the Netherlands; Perspectives on Europe 40 (2), S. 39-45.
- EMN 2006: Policy Analysis Report 2005, Ontwikkelingen in het Nederlandse Migratie- en Asielbeleid; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

EMN 2007: Policy Analysis Report 2006, Ontwikkelingen in het Nederlandse Migratie- en Asielbeleid; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

EMN 2008: Policy Analysis Report 2007, Ontwikkelingen in het Nederlandse Migratie- en Asielbeleid; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

Entzinger, Han 1996: Veränderte Grundlagen, die niederländische Sicht der Einwanderung; in: Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hg.) 1996: Migration in Europa, historische Entwicklungen, aktuelle Trends, politische Reaktionen; Campus Verlag, Frankfurt, S. 139-160.

Entzinger, Han 2003: The Rise and Fall of Multiculturalism: The Case of the Netherlands; in: Joppke, Christian/Morawska, Eva (Hg.) 2003: Toward Assimilation and Citizenship, Immigrants in Liberal Nation-States; Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 59-86.

Entzinger, Han 2006: Changing the rules while the game is on, from multiculturalism to assimilation in the Netherlands; in: Bodemann, Y. M./Yurdakul, G. (Hg.) 2006: Migration, Citizenship, Ethnos; Palgrave Macmillan, New York, S. 121-144.

Europäische Kommission 2019: Eurobarometer Interactive; verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/index> (letzter Zugriff: 24.07.2018).

Europäische Kommission 2018a: Special Eurobarometer 469: Integration of Immigrants the European Union; verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2169> (letzter Zugriff: 09.04.2019).

Europäische Kommission 2018b: EMN 24th Bulletin.

Eurostat 2018: Asylum and first time asylum applicants by citizenship, age and sex; verfügbar unter: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_asyappctza&lang=EN%20 (letzter Zugriff: 24.07.2018).

Firley, Ingo 1997: Multikulturelle Gesellschaft in den Niederlanden; Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler.

Harber, M.G.J./Blok, S.A./Kaag, S.A.M./Koolmees, W./Ollongren, K.H. 2018: BRIEF VAN DE STAATSSECRETARIS VAN JUSTITIE EN VEILIGHEID EN DE MINISTERS VAN BUITENLANDSE ZAKEN, VOOR BUITENLANDSE HANDEL EN ONTWIKKELINGSSAMENWERKING, VAN SOCIALE ZAKEN EN WERKGELEGENHEID EN VAN BINNENLANDSE ZAKEN EN KONINKRIJKSRELATIES, Kamerstukken 19 637 (2375); Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.

Hakhverdian, Armen 2019a: Stuk Rood Vlees Podcast, uit de archieven: Cas Mudde over Forum van Democratie en het partijkartel; Stuk Rood Vlees, 26.03.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/stuk-rood-vlees-podcast-episode-18-uit-de-archieven-cas-mudde-over-forum-van-democratie-en-het-partijkartel/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).

Hakhverdian, Armen 2019b: Aflevering 21 – De conservatieve revolte in Nederland met Merijn Oudenampsen; Stuk Rood Vlees, 04.04.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/aflevering-21-de-conservatieve-revolte-in-nederland-met-merijn-oudenampsen/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).

Harteveld, Eelco 2019: Stuivertje wisselen: neemt FvD de electorale plek van PVV over?; Stuk Rood Vlees, 22.03.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/stuivertje-wisselen-neemt-fvd-de-electorale-plek-van-pvv-over/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).

INDIAC 2009: Annual Policy Report, Ontwikkelingen in het Nederlandse migratie- en asielbeleid 1 januari 2008 – 31 december 2008; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

INDIAC 2010: Annual Policy Report, Ontwikkelingen in het Nederlandse migratie- en asielbeleid 1 januari 2009 – 31 december 2009; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

INDIAC 2012: Annual Policy Report, Ontwikkelingen in het Nederlandse migratie- en asielbeleid 1 januari 2011 – 31 december 2011; Nederlands nationaal contactpunt voor het Europees migratienetwerk.

Joppke, Christian 2006: Multiculturalisme in een liberale samenleving: zijn de twee verzoenbaar?; Ethische Perspectieven 6 (3), S. 242-266.

Joppke, Christian 2007: Beyond national models: Civic integration policies for immigrants in Western Europe; Western European Politics 30 (1), S. 1-22.

Kiesraad 2019: Databank verkiezingsuitslagen; verfügbar unter: <https://www.verkiezingsuitslagen.nl> (letzter Zugriff: 24.07.2018).

Koopmans, Ruud 2007: Die Krise des niederländischen Multikulturalismus in ländervergleichender Perspektive; in: Zentrum für Niederlande-Studien (Hg.) 2007: Jahrbuch 2006; Aschendorf Verlag, Münster, S. 31-48.

Kortmann, Matthias 2013: Der niederländische Multikulturalismus: Modell oder Mythos? Eine Kontroverse um Begriffe und Definitionshoheiten; in: Ariëns, Elke/Richter, Emanuel/Sicking, Manfred (Hg.) 2013: Multikulturalität in Europa, Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft; Transcript, Bielefeld, S. 209-229.

- Kortmann, Matthias/Wilp, Markus* 2015: Integrationskontroversen in den Niederlanden, Hintergründe, Entwicklungen und aktuelle Themen im Überblick; in: Wielenga, Friso/Wilp, Markus (Hg.) 2015: Die Niederlande, ein Länderbericht; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 285-319.
- Kruk, Marijn* 2018: Hoe Thierry Baudet aan de lippen hing van Jean-Marie Le Pen; De Correspondent, 10.02.2018; verfügbar unter: <https://decorrespondent.nl/7955/ho-thierry-baudet-aan-de-lippen-hing-van-jean-marie-le-pen/811713530980-29774dcf> (Letzter Zugriff: 18.07.2019)
- Leers, G. B. M.* 2011: BRIEF VAN DE MINISTER VOOR IMMIGRATIE EN ASIEL, Kamerstukken 19 637 (1410); Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.
- Leerkes, Arjen/Kulu-Glasgow, Isik* 2010: De prijs van de liefde? Over de gevolgen van de verhoging van de inkomenseis bij 'gezinsvormende' partnernigratie naar Nederland; Migrantenstudies 26 (4), S. 323-343.
- Leiprecht, Rudolf/Lutz, Helma* 2003: Verschlungene Wege mit Höhen und Tiefen, Minderheiten- und Antidiskriminierungspolitik; in: Vogel, Dita (Hg.) 2003: Einwanderungsland Niederlande – Politik und Kultur; IKO-Verlag, Frankfurt, London, S. 83-116.
- Lijphart, Arend* 1968: Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek; De Bussy, Amsterdam.
- Lijphart, Arend* 1977: Democracy in Plural Societies, A Comparative Exploration; Yale University Press, New Haven.
- Louwerse, Tom* 2019: Profiel kiezers FvD en PVV lijkt inhoudelijk steeds meer op elkaar; Stuk Rood Vlees, 07.05.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/profiel-kiezers-fvd-en-pvv-likt-inhoudelijk-steeds-meer-op-elkaar/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).
- Lucassen, Leo/Lucassen, Jan* 2011: Winnaars en verliezers, een nuchtere balans van vijfhonderd jaar immigratie; Uitgeverij Bert Bakker, Amsterdam.
- Margulies, Ben* 2019: Why Europe should worry about Thierry Baudet; in: LSE EUROPP – European Politics and Policy; verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/24/why-europe-should-worry-about-thierry-baudet/> (Letzter Zugriff: 30.04.2019).
- Marijnissen, Jan* 2002: MOTIE VAN HET LID MARIJNISSEN, Tweede Kamer, vergaderjaar 2002–2003, 28 600, nr. 24; Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.
- Michalowski, Ines* 2007: Ist staatliche Integrationsförderung privatisierbar? Erfahrungen aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden im Vergleich; in: Zentrum für Niederlande-Studien (Hg.) 2007: Jahrbuch 2006; Aschendorf Verlag, Münster, S. 61-81.
- MIDEM* 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden.
- Ministerie van Binnenlandse Zaken* 1983: Minderhedennota.
- NOS* 2018a: Asielkinderen afgewezen voor pardon vertrekken zelden uit Nederland; NOS, 23. Dezember 2018; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2264813-asielkinderen-afgewezen-voor-pardon-vertrekken-zelden-uit-nederland.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2018b: Armeense tieners Lili en Howick zijn terecht en mogen blijven; NOS, 8. September 2018; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2249531-armeense-tieners-lili-en-howick-zijn-terrecht-en-mogen-blijven.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2018c: Tim Hofman biedt Kamer handtekeningen voor kinderpardon aan; NOS, 11. Dezember 2018; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2263022-tim-hofman-biedt-kamer-handtekeningen-voor-kinderpardon-aan.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2019a: Crisis sfeer rondom kinderpardon, waar gaat het om?; NOS, 29. Januar 2019; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2269608-crisissfeer-rondom-kinderpardon-waar-gaat-het-om.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2019b: Nieuw ‚bommetje onder coalitie‘: CDA, D66 willen soepeler kinderpardon; NOS, 19. Januar 2019; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2268061-nieuw-bommetje-onder-coalitie-cda-d66-willen-soepeler-kinderpardon.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2019c: Akkoord over kinderpardon, 700 kinderen opnieuw beoordeeld; NOS, 29. Januar 2019; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2269669-akkoord-over-kinderpardon-700-kinderen-opnieuw-beoordeeld.html> (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- NOS* 2019d: Tweede Kamer eens met strengere regels migrantenschap Sea-Watch; NOS 9. April 2019; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2279699-tweede-kamer-eens-met-strengere-regels-migrantenschap-sea-watch.html> (Letzter Zugriff: 11.04.2019).
- NOS* 2019e: Harbers treedt af om ‚wegmoffelen‘ misdaadcijfers asielzoekers; NOS 21. Mai 2019; verfügbar unter: <https://nos.nl/artikel/2285712-harbers-treedt-af-om-wegmoffelen-misdaadcijfers-asielzoekers.html> (Letzter Zugriff: 27.05.2019).
- NPO Radio 1* 2017: Baudet snapt ophef om ‚homeopatische verdunning‘ niet; verfügbar unter: <https://www.nporadio1.nl/dit-is-de-dag/onderwerpen/400417-baudet-snapt-ophef-om-homeopatische-verdunning-niet> (Letzter Zugriff: 24.05.2019).

- Oostindie, Gert* 2015: Die Nederlande und ihr koloniales Erbe: eine unvollendete Geschichte; in: Wielenga, Friso/Wilp, Markus (Hg.) 2015: Die Nederlande, ein Länderbericht; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 75-112.
- Otjes, Simon* 2019: As the Netherlands gears up for European elections, Mark Rutte faces challenges from both the left and the right; EUROPP – European Politics and Policy, 9. April 2019; verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/09/as-the-netherlands-gears-up-for-european-elections-mark-rutte-faces-challenges-from-both-the-left-and-the-right/> (Letzter Zugriff: 11.04.2019).
- Pellikaan, Huib/de Lange, Sarah L./van der Meer, Tom W.G.* 2007: Fortuyn's Legacy: Party System Change in the Netherlands; Comparative European Politics 5, S. 282-302.
- Pellikaan, Huib/de Lange, Sarah L./van der Meer, Tom W.G.* 2018: The Centre Does Not Hold: Coalition Politics and Party System Change in the Netherlands, 2002–12; Government and Opposition 53 (2), S. 231-255.
- Prins, Baukje* 2002: Het lef om taboes te doorbreken. Nieuw realisme in het Nederlandse discours over multiculturalisme; Migrantenstudies 18 (4), S. 241-254.
- PW2012: Hun Brussel, ons Nederland, verkiezingsprogramma 2012-2017*; verfügbar unter: <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/pw2012/PWTK2012.pdf> (letzter Zugriff: 24.07.2018).
- PW 2017: Nederland weer van ons! Verkiezingsprogramma 2017*; verfügbar unter: <https://www.pvw.nl/images/Conceptverkiezingsprogramma.pdf> (letzter Zugriff: 15.08.2018).
- Rauh, Christian/De Wilde, Pieter/Schwalbach, Jan* 2017: The ParlSpeech data set: Annotated full-text vectors of 3.9 million plenary speeches in the key legislative chambers of seven European states, verfügbar unter: <https://doi.org/10.7910/DVN/E4RSP9>, Harvard Dataverse, V1 (Letzter Zugriff: 26.06.2019).
- Rooduijn, Matthijs* 2018: Sympathie voor Baudets Forum voor Democratie; Stuk Rood Vlees, 19.03.2018; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/sympathie-baudets-forum-democratie/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).
- Rooduijn, Matthijs* 2019: De ideologie van Forum voor Democratie; Stuk Rood Vlees, 21.03.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/de-ideologie-van-forum-voor-democratie/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).
- Scheffer, Paul* 2000: Het multiculturele Drama; NRC Handelsblad, 29. Januar 2000; verfügbar unter: <http://retro.nrc.nl/W2/Lab/Multicultureel/scheffer.html> (Letzter Zugriff: 27.06.2018).
- Scherder, Erik/van Os, Carla/Zijlstra, Elianne* 2018: Schaderisico bij uitzetting langdurig verblijvende kinderen; Een multidisciplinaire wetenschappelijke onderbouwing; verfügbar unter: https://www.vu.nl/Images/Schadenota_GeworteldeKinderen_DEF_tcm289-901803.pdf (Letzter Zugriff: 18.2.2019).
- Seiffert, Laura/Wörmann, Henrika* 2016: BELEIDSOVERZICHT 2015, Migratie en asiel in Nederland; Europees Migratienetwerk.
- Seiffert, Laura/Wörmann, Henrika* 2017: BELEIDSOVERZICHT 2016, Migratie en asiel in Nederland; Europees Migratienetwerk.
- Snel, E./de Boom, J./Engbersen, G.* 2005: Migration and migration policies in the Netherlands 2003, Dutch SOPEMI-Report 2003; RISBO, Rotterdam.
- Sociaal Economische Raad* 2014: SER stelt unaniem advies over arbeidsmigratie vast; verfügbar unter: <https://www.ser.nl/nl/actueel/nieuws/2010-2019/2014/20141219-arbeidsmigratie.aspx> (Letzter Zugriff: 03.07.2018).
- Tillie, Jean/van Holsteyn, Joop/van der Kolk, Henk/Aarts, Kees* 2016: Rumoer, Nederlandse kiezers en politiek tussen 1998-2012; Amsterdam University Press, Amsterdam.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 1998*: Wet van 9 april 1998, houdende regels met betrekking tot de inburgering van nieuwkomers in de Nederlandse samenleving (Wet inburgering nieuwkomers); Staatsblad 261.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2000*: Wet van 23 november 2000 tot algehele herziening van de Vreemdelingenwet.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2006a*: Wet inburgering; Staatsblad 625.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2006b*: Wet inburgering in het buitenland; Staatsblad 28.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2009a*: Vragen gesteld door de leden der Kamer: 2009Z15268; Sdu Uitgevers, 's-Gravenhage.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2009b*: Wetsvoorstel tot wijziging van de Vreemdelingenwet 2000 in verband met het aanpassen van de asielprocedure
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2009c*: Kamerstukken II 2008/09, 31 994, nr. 1-4
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2010a*: Aanhangsel Handelingen II 2009/10; 3037.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal 2010b*: Wet modern migratiebeleid; Staatsblad 290.

- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2011a: Kamerstukken II 2010-2011; 19637 (1460).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2011b: Voorstel van wet van de leden Spekman en Voordewind tot wijziging van de Vreemdelingenwet 2000 houdende versterking van de positie van in Nederland gewortelde minderjarige vreemdelingen; 33 068 (2).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2011c: BRIEF VAN DE MINISTER VAN BINNENLANDSE ZAKEN EN KONINKRIJKSRELATIES; 32 824 (1).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2013: Wet van 25 november 2013 inzake herziening van de Wet arbeid vreemdelingen; Staatsblad 499.
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2015: BRIEF VAN DE STAATSSECRETARIS VAN VEILIGHEID EN JUSTITIE EN DE MINISTERS VAN BUITENLANDSE ZAKEN EN VAN SOCIALE ZAKEN EN WERKGELEGENHEID; 19 637 (1994).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2016: Parliamentary Papers II, 2015-2016; 19637 (2086).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal* 2018: Brief van de Minister van Sociale Zaken en Werkgelegenheid; 32 824 (203).
- Van Amersfoort, Hans/van Niekerk, Mies* 2003: Einwanderung als koloniales Erbe: Akzeptanz, Nichtakzeptanz und Integration in den Niederlanden; in: Thränhardt, Dietrich/Hungerm Uwe (Hg.) 2003: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat; Leviathan Sonderheft 22/2003; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 135-160.
- Van der Aa, Edwin* 2019: Winnaar Baudet eist koppen van meerdere kabinetsleden; Algemeen Dagblad, 21.03.2019; verfügbar unter: <https://www.ad.nl/dossier-provinciale-statenverkiezingen/winnaar-baudet-eist-koppen-van-meerdere-kabinetsleden-acc42d01/> (letzter Zugriff: 18.07.2019).
- Van der Heijden, Cor* 2015: Einheit in der Vielfalt, „Die“ Niederländer – mit eigenen und mit fremden Augen betrachtet, in: Wielenga, Friso/Wilp, Markus (Hg.) 2015: Die Niederlande, ein Länderbericht; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 320-350.
- Van der Helm, Alfred/Brouwer, Pieter* 2015: Beleidsoverzicht 2014, Migratie en asiel in Nederland; Europees Migratienetwerk.
- Van Niekerk, Mies* 2000: Paradoxes in paradise, Integration and social mobility of the Surinamese; in: Vermeulen, Hans/Penninx, Rinus (Hg.) 2000: Immigrant Integration, the Dutch case; Het Spinhuis, Amsterdam, S. 64-92.
- Vermeulen, Hans/Penninx, Rinus* 2000: Introduction; in: Vermeulen, Hans/Penninx, Rinus (Hg.) 2000: Immigrant Integration, the Dutch case; Het Spinhuis, Amsterdam, S. 1-37.
- VVD/CDA/D66/ChristenUnie* 2017: Vertrouwen in de toekomst, Regeerakkoord 2017 – 2021.
- Vliegthart, Rens* 2019: Teveel aandacht voor welke partij de grootste is; Stuk Rood Vlees, 25.03.2019; verfügbar unter: <http://stukroodvlees.nl/teveel-aandacht-voor-welke-partij-de-grootste-is/> (Letzter Zugriff: 23.05.2019).
- Wilders, Geert* 2007: Genoeg is genoeg: verbied de Koran; Volkskrant, 8. August 2007, S. 11.
- Wilp, Markus* 2007: Das Ende der Toleranz? Integrationskontroversen in den Niederlanden; in: Zentrum für Niederlande-Studien (Hg.) 2007: Jahrbuch 2006; Aschendorf Verlag, Münster, S. 11-30.
- Wilp, Markus* 2015: Die Parteienlandschaft der Niederlande; in: Wielenga, Friso / Wilp, Markus (Hg.) 2015: Die Niederlande, ein Länderbericht; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 181-217.

AUTORIN

JULIA RAKERS, M.SC.

Julia Rakers, M.Sc., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM) an der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftliche Leiterin von Regierungsforschung.de. Ihr Studium der Politikwissenschaften schloss sie an der Universität Leiden (Niederlande) zum Thema Migrationsdiskurse in der Sicherheits- und Innenpolitik ab. Nun promoviert sie zu diesem Thema an der Universität Duisburg-Essen.

E-Mail: julia.rakers@uni-due.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN: 2625-3828

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Julia Rakers

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Caroline Konsek, Lina Schneider

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2019

Alle Bilder sind entweder in unserem Eigentum oder das Urheberrecht ist an Ort und Stelle gekennzeichnet. Sollte ein Bild fehlerhaft ausgewiesen sein, bitten wir, uns dies schnellstmöglich anzuzeigen.

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

